

KERAMISCHER

VII/Nr. 12 BERLIN
19. März
1933

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grönel, beide
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm
5646 und 5647. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Zum Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß

Am 23. März tagt der Außerordentliche Kongreß der freien Gewerkschaften in Berlin. Diese Tagung ist ein besonderes gewerkschaftliches Ereignis, das zum ersten Male in der Nachkriegs-Geschichte der freien Gewerkschaften vorkommt. Aus dieser Tatsache allein geht schon hervor, daß außergewöhnliche Verhältnisse diesen Kongreß veranlaßt haben. Und ob die Verhältnisse nicht außergewöhnlich sind? Von den in Normaljahren beschäftigten 18 Millionen Arbeitern und Angestellten in Deutschland sind gegenwärtig 6½ Millionen zum Feiern und Hungern gezwungen, weil sie keinen Arbeitsplatz mehr finden und kein Brot mehr verdienen können. Diese 6½ Millionen Arbeitslose sind lebende Menschen mit Frauen, Kindern, Müttern, Vätern, Brüdern, Schwestern, mit knurrenden Mägen, verkrampten Herzen und bedrückten Seelen, sind Menschen mit körperlichen und seelischen Bedürfnissen. Sie empfinden ihre bedauernde Lage und verlangen mit Recht Arbeit. Sie sind ja nicht schuld an ihrem traurigen Schicksal. Sie können ja nichts dafür, daß sie arbeitslos wurden, an etwaigen persönlichen Unzulänglichkeiten lag es doch nicht, daß sie beiseitegestellt wurden. Sie wurden übrig an ihren Arbeitsstellen, weil die Unternehmer entweder an ihrer Stelle Maschinen in Tätigkeit setzten oder weil die Produktionsstätten weniger Aufträge bekamen. Gerade dieser Umstand führte nicht nur zu steigender Arbeitslosigkeit, sondern auch zu umfangreicher Kurzarbeit. Diese läßt sich gar nicht mehr messen und zahlenmäßig ausdrücken. Dabei ist ihre Wirkung auf die betroffenen Arbeiterschichten, die bei acht- bis vierundzwanzigstündiger Wochenarbeitszeit noch produktive Tätigkeit ausüben, ebenso verhängnisvoll und katastrophal wie bei Arbeitslosigkeit. Diese läßt sich zusammengefaßt mit 25 Millionen Menschen ausdrücken, die Kurzarbeit jedoch nicht. Deshalb wäre es falsch, den Grad des Versagens der kapitalistischen Wirtschaft nur an den Arbeitslosenziffern abzulesen zu wollen. Die Weltwirtschaftskrise wütet noch viel schlimmer, als die Arbeitslosenziffern erkennen lassen. Es sieht trostlos aus in den Familien, die direkt von den Krisenfolgen betroffen werden.

Für unseren Organisationsbereich brachten wir ja in den vorherigen Nummern die Maßstäbe der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in Zahlen. Sie spiegeln erschreckende Zustände wieder. 325 000 Menschen sind es insgesamt, die in der Ziegel-, Zement-, Kalk-, Sand-, Glas-, Keramik-, Glas- und Porzellanindustrie direkt von der Krise betroffen werden, eine Million Menschen insgesamt haben infolgedessen körperlich und seelisch darunter zu leiden. Das ist nur eine Teilwirkung der Krise, und sie ist wahrlich katastrophal genug. Aber wir erleben täglich, daß weder das Schicksal dieser Million hart betroffener Menschen, noch das der anderen Millionen Arbeitslosen und Kurzarbeiter mit ihren Angehörigen die große Öffentlichkeit stark berührt oder interessiert. Als vor einigen Tagen der kleine Junge des Ozeanfliegers Lindbergh in Trenton entführt wurde, war die ganze Presse voll von Nachrichten über diesen Vorgang. Um einen einzigen Menschen, um ein Kind, wurde so ein Wesen gemacht. Von der steigenden Arbeitslosigkeit und dem damit zusammenhängenden Massenelend nimmt die Presse lediglich Notiz, sie registriert den Massenschicksal in einigen kurzen Zeilen. Kollege Theodor Leipart kennzeichnete in der letzten Bundesversammlung diesen Zustand in folgender Weise: „Weit Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufsehen davon, wenn die

Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden.“

Das ist es. Die Gewerkschaften treten nun mit diesem außerordentlichen Kongreß an die Öffentlichkeit, an die Regierung heran und verheßen dem Notschrei der Massen nach Arbeit zur Geltung. Nicht Hilfe wird gefordert, sondern Arbeit. Dadurch unterscheiden sich die Arbeiter von allen übrigen Bevölkerungsschichten, die Unterstützung und Subventionen vom Staate verlangen und in den verschiedensten Formen auch erhalten. Die Arbeitermassen wollen wieder eine Lebensgrundlage, die bietet ihnen nur Arbeit. Diese fordern sie vom Staate, von der Öffentlichkeit. Wenn schon der Staat aus öffentlichen Mitteln Unterstützung an die Landwirtschaft, an die Banken, an die Industrie, an die Schifffahrt und andere Wirtschaftszweige gibt, wenn er schon in die wirtschaftlichen Dinge eingreift, dann kann er auch nicht an den brennenden Problemen der Arbeitsbeschaffung vorbeigehen; denn die Arbeitsbeschaffung ist vorzüglich. Sie ist das Gebot der Stunde.

Die große Öffentlichkeit steht der Wirtschaftskatastrophe fast gleichgültig gegenüber. Sie nimmt die schlimmsten Auswüchse einer mehr als schlecht funktionierenden Wirtschaftsordnung gelassen hin. Sie rumort wohl politisch etwas gegen ein „System“, aber der Wille zur Aenderung der Grundlagen fehlt. Die Krise wird als eine Krankheitserscheinung hingenommen, gegen die man einfach machtlos ist. Nichts regt sich von dieser Seite zu ihrer Bekämpfung. Aber auch die Reichsregierung, die in den letzten Monaten einige Male in das wirtschaftliche Geschehen eingriff, tut nicht das, was zur Bekämpfung der Krise und zum Einhalten der Arbeitslosigkeit notwendig wäre. Ja, wenn es gilt, einem teils durch eigenes Verschulden in Schwierigkeiten geratenen Wirtschaftszweig zur Hilfe zu kommen, da beiläufig die Reichsregierung mit Rettungsmaßnahmen, wenn aber Arbeitsmöglichkeiten beschafft werden sollen, läßt sie sich Zeit und kommt vor Bedenken keinen Schritt weiter. Da auch die „Führer“ der kapitalistischen Wirtschaft nicht einen Finger rühren, um die Krise zu hemmen und um den kranken Wirtschaftskörper mit Hilfsmaßnahmen beizuspringen, müssen die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Stimme erheben und den millionenfachen Schrei nach Arbeit ausstoßen. Das soll auf dem außerordentlichen Gewerkschaftskongreß laut vernehmbar geschehen. Arbeit wird gefordert! Als die 12 000 Großarbeitsfamilien den Schrei nach Hilfe zwecks Rettung ihrer verschuldeten Güter ausstießen, da bekamen sie ihre Wünsche auf Zollerhöhungen, auf Zinsverbilligung, auf billige Kredite, auf Subventionen, auf Steuererleichterungen u. a. m. zum größten Teil auf Kosten der Allgemeinheit erfüllt. Jetzt verlangen Millionen Arbeiterfamilien nicht Hilfe, sondern Arbeit, wird da die Regierung ebenso eifrig und auch gerecht sein? Wir hoffen, daß sie mit dem gleichen Eifer an die Arbeit gehen wird, um die Millionenforderung Nichtbesitzender allmählich Tat werden zu lassen, wenn der außerordentliche Gewerkschaftskongreß gesprochen hat. Oder sollen Bedenken überwiegen und die Arbeitsbeschaffung zunichte machen? Wir hoffen das nicht.

Es genügt auch keineswegs, daß im Reichswirtschaftsrat über Arbeitsbeschaffung gesprochen wurde und daß einige Anträge zur Annahme gelangten. Die Arbeiter fordern mehr von der Regierung und von der Öffentlichkeit, sie fordern, daß auch Opfer für die Arbeitsbeschaffung in der verschiedensten Form gebracht werden; denn es geht um das Schicksal von Millionen Arbeitern und Tar-

senden von Betrieben. Alle Möglichkeiten, die einzelne Industrie- und Gewerbebezweige noch zur Unterbringung von Arbeitskräften bieten, müssen ausgeschöpft werden. Arbeitszeitverkürzung, Einführung des neunten Schuljahres, Krümpersystem sind durchzuführen. Guter Wille zur Beschaffung von Arbeit muß sich in erster Linie bemerkbar machen, und es muß gehandelt werden.

Das geplante Errichten leistungsfähiger Produktionsstätten ohne Rücksicht auf den Menschen und ohne die Absatzmöglichkeiten für die mehr erzeugten Waren zu entwickeln, führte in erster Linie neben anderen Nachlässigkeiten mit zu diesen anarchischen Wirtschaftszuständen. Das Gewährenlassen für das Rüstungskapital mit dem Weltkrieg als Folge war ein verhängnisvolles Unglück für die Menschheit, unter dem Generationen nun zu leiden haben. Diese beiden Verhängnisse unserer Zeit, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen, konnten sich in der kapitalistischen Wirtschaft ereignen, weil ihre Gesetze dahin führen. Dieser

Entwicklung muß Einhalt geboten werden. An Stelle der Planlosigkeit muß Planmäßigkeit in der Gütererzeugung treten, müssen Kaufkraft, Bedarf und Erzeugung gleichmäßig aufeinander abgestellt werden. Frieden muß an Stelle des Krieges treten. Das verlangen die organisierten Arbeiter, diese Forderungen stellen sie auf. Diese bilden das gesellschaftlich wirtschaftliche Problem unserer Zeit, das Lösung bedingt. Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß wird dazu sein Teil beitragen. Auf die Massen der Arbeiter kommt es an, ob sie ihre Organisationsmacht so stark machen, daß sie unüberwindlich wird. Tragen alle Arbeiter handfand dazu bei, wird die Arbeiterschaft das Problem aus eigener Kraft lösen. Dazu sind die Vorbereitungen zu treffen in jeder Stunde.

Der außerordentliche Gewerkschaftskongreß wird zum Aufrütteln der Massen und der Öffentlichkeit beitragen. Der Schrei nach Arbeitsbeschaffung muß bleiben, um gehört zu werden. In der Arbeitsbeschaffung muß nun endlich gehandelt werden.

Hitlers Niederlage besiegelt!

18659203 Stimmen für Hindenburg. — Zweiter Wahlgang nötig

Die Reichspräsidentenwahl am 13. März führte noch nicht zur endgültigen Wiederwahl des bisherigen Reichspräsidenten von Hindenburg, aber seine Wiederwahl im zweiten Wahlgang ist gesichert. Von den am 13. März abgegebenen 37 712 376 Stimmen bekam Hindenburg 18 659 203, Hitler 11 326 481, Thälmann 5 024 401, Duestenberg 2 558 256, Winter 109 029, und 35 006 Stimmen waren ungültig. Aus diesem Zahlenverhältnis geht hervor, daß die Entscheidung im zweiten Wahlgang für Hindenburg ausfallen muß; denn ein einiges Zusammengehen der drei im ersten Wahlgang hervorgetretenen Gegenkandidaten, und eine Einigung auf eine Person im zweiten Wahlgang gegen Hindenburg ist ausgeschlossen. Die Anhänger dieser Parteien würde, wie die Volksentscheide in Preußen und Sachsen von dieser Dreieinigkeit bewiesen haben, einfach nicht mitmachen.

Es kommt nun zum zweiten Wahlgang im April, bei dem sich das deutsche Volk endgültig für Hindenburg und gegen Hitler entscheiden wird.

Daß für Hindenburg im ersten Wahlgang bereits soviel Stimmen abgegeben wurden, ist in erster Linie der Eisernen Front zu verdanken. Diese in wenigen

Wochen zu einer tatsächlichen Volksbewegung gewordenen Zusammenfassung aller republikanischen Streitkräfte der organisierten Arbeiterschaft gegen den Faschismus wird auch bei den weiteren Wahlkämpfen die Kraft aufbringen, den Faschismus endgültig zu schlagen und ihn der Hoffnung zu berauben, in Deutschland jemals die Macht zu erlangen.

Der Wahn der Nationalsozialisten, Hitler wird Reichspräsident, ist schon endgültig zerstört worden. Nun muß noch die nationalsozialistische Hochflut in den einzelnen Landesteilen abgedämmt werden, dann wird die Bahn in Deutschland wieder frei zur friedlicheren Entwicklung. In den nächsten Wochen muß also mit Leidenschaft weiter gekämpft werden, damit besonders in Preußen und auch bei der Reichspräsidentenwahl Hitler eine vernichtende Niederlage bereitet wird. Das deutsche Volk muß wieder zum normalen Denken und Handeln gebracht werden. Dafür heißt es weiterkämpfen mit und in der Eisernen Front. In ihren Reihen wird Deutschlands Schicksal geschieden, darüber müssen sich auch alle verantwortlichen Staats- und Reichsstellen klar sein.

Führt weiter den Kampf gegen den Faschismus!

Neuer Angriff auf Tarifverträge

Die Unternehmer als schärfste Verfechter des kapitalistischen Systems kennen in ihren Angriffen auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen keine Grenzen. Selbst ein so horrender Abbau, wie er im Jahre 1931 mit Hilfe von Regierungsmaßnahmen (Notverordnung) durchgeführt worden ist, genügt ihnen nicht. Neuer Angriff soll folgen mit Ablauf der Frist, die durch die Notverordnung für die Verträge vorgesehen ist, und das ist der 30. April d. J. Besagt die „neue“ Forderung des Reichsverbandes der Industrie denn etwas anderes? Der Reichsverband fordert, daß sobald wie möglich auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen eine freie Entwicklung wieder hergestellt werde im Sinne der Ermöglichung freier Vereinbarungen, insbesondere über den Arbeitslohn. Ein Angriff auf das System der Tarifverträge soll das nicht bedeuten,

sondern eine Anpassung an die wirtschaftlich gegebenen Möglichkeiten, eine Auflockerung der Erstarrung, die im höchsten Maße unsozial wirke, weil sie dem einzelnen keine Besserung seiner Lage, sondern im Gegenteil den Verlust der Arbeitsstätte bringe.

Die „Eisenhartkur“ im letzten Jahre, die durch die Lohnherabsetzung und den Eingriff in die Tarifverträge vorgenommen wurde, die ihren Höhepunkt durch die Notverordnung im Dezember fand, hat den Patienten von seiner Krankheit noch nicht geheilt, ergo muß eine neue Prozedur vorgenommen werden. Diese „neue“ Prozedur ist aber nur etwas Altes. Wenn Schwierigkeiten für den Betrieb auftreten, kennt der Unternehmer fast immer nur einen „Ausweg“, und der ist: Lohnherabsetzung und Verschlechterung der

Arbeitsbedingungen. Ob sie die Ursachen dieser schlechten Absatzlage und der eingetretenen wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten bilden, danach wird nicht gefragt. Es wäre allerdings schon viel wert, wenn bei dem größten Teile der kapitalistischen Vertreter wenigstens die Erkenntnis käme, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen die Ursache dieser schwierigen Sachlage nicht sind. Vielleicht kommt dann auch mit der Zeit die weitere Erkenntnis, daß es verfehlt ist, in fortwährender und erneuter Weise Angriffe auf den Lohnstandard und die Arbeitsbedingungen vorzunehmen, weil damit der Ast abgesägt wird, auf dem man sitzt. Die Hoffnung auf Gewinnen dieser Erkenntnis bei dem Unternehmer können wir aber ruhig zu Grabe tragen, das beweist der „neue“ Appell des Reichsverbandes der Industrie. Um so mehr gilt für die Arbeiterschaft, für die Vertreter der freien Gewerkschaften, mit Entschlossenheit und Tatkraft den neuen Bestrebungen der Industrie auf weitere Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiterschaft energisch entgegenzutreten. Der Tiefstand des gegenwärtigen Lebensniveaus ist derartig, wie er innerhalb des kapitalistischen Systems, ausgenommen die große Inflationszeit in Deutschland, bisher noch nicht zu verzeichnen gewesen ist. Eine weitere Verschlechterung des Lohnstandards und der Arbeitsbedingungen bringt nicht neue Arbeitsmöglichkeiten, wie der Reichsverband der Industrie erhofft, sondern weitere Verarmung der Bevölkerung, größere Absatzstockung und dadurch größere Arbeitslosigkeit und die weitere Folge muß der Zusammenbruch sein.

In einer Ende Dezember 1931 geführten Lohnverhandlung für die mechanische Fensterglas-Industrie sagte der Generaldirektor Dr. Selig bei den Versuchen der Arbeitnehmervertreter, die Arbeitgeber von dem Standpunkte der 15%igen Lohnherabsetzung abzubringen, daß ihm dies vorkäme, als wenn an einem Kranken ein sofort notwendiger operativer Eingriff, der nur zur Gesundung führen könne, nicht vorgenommen würde. Er bestand also auf diesen Eingriff. Als der Unterzeichnete ihn dann fragte, ob er unter Beachtung des angewendeten Gleichnisses die Meinung vertritt, daß dieser von ihm geforderte vollkommene Eingriff zur Gesundung der Industrie und der Wirtschaft führe, gab es eine Minute Verlegenheit, und die Antwort war unklar. Damit wurde zugegeben, daß der Vergleich nicht stimmte und der Unternehmer keinen anderen Ausweg weiß, als nur immer wieder den Lohnstandard möglichst stark anzugreifen.

In Verfolg des Standpunktes des Reichsverbandes der Industrie ist innerhalb unseres Verbandsgebietes für die Weißbrotglas-Industrie der Mantelvertrag u. d. für die Papiererzeugungs-Industrie der Gesamtarbeitsvertrag von Arbeitgeberseite gekündigt worden. Der Ablauf des letzteren Vertrages geschieht aber erst zum 30. Juni 1932. Ein offener Zustand tritt mit dem 30. April ebenfalls für den Rahmenvertrag der Konserven-Industrie ein. Ein Blick in die grobkeramische Industrie zeigt uns, welches ungeheure Arbeitsgebiet zur Regelung der Arbeitsbedingungen uns dort offensteht, sobald die Konjunktur nur einigermaßen einsetzt.

Daß der Schutzverband Deutscher Glasfabriken wieder an der Spitze steht bei

dem Versuche weiterer Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, wundert uns nicht. Er ist dafür bekannt. Die schwierige Lage in der Weißbrotglas-Industrie soll von uns absolut nicht verkannt werden. Sie liegt in den anderen Industrien aber keinesfalls besser. Soviel soll der Schutzverband heute schon hinnehmen, daß wir keinesfalls gewillt sind, neben den gewaltigen Lohnverschlechterungen noch Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des minimalen Urlaubes hinzunehmen. Die Rechtsprechung nach dem Urlaubsparagraphen hat Zustände gebracht, die für die Arbeiterschaft unhaltbar geworden sind. Hier ist uns durch die Kündigung des Schutzverbandes nunmehr Gelegenheit gegeben, entsprechende Forderungen zu stellen, und wir werden sie mit Nachdruck vertreten.

Die Maßnahmen der Reichsregierung durch die Notverordnung im Dezember haben dem Volke mit Klarheit gezeigt, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft durch einschneidenden Eingriff in die Lohnhöhe nicht eingetreten, sondern das Gegenteil bedauerlicherweise zu verzeichnen ist. In dem einen Wochenbericht vom Februar des Institutes für Konjunkturforschung heißt es:

„Die Produktion sinkt auf der ganzen Linie, die Zustände an den Kreditmärkten drohen die noch verbliebene Unternehmertätigkeit vollends zu drosseln.“

Das ist die beste Kennzeichnung der gegenwärtigen Situation. Ueber 6 Millionen Arbeitslose hat Deutschland nunmehr trotz Notverordnung zu verzeichnen. Eine größere Armut ist eingetreten. Es sind Wege zu suchen und zu betreten, die eine Kaufkraftstärkung mit sich bringen, weil nur so eine Ankurbelung der Wirtschaft geschehen kann. Neue Angriffe auf Lohn- und Arbeitsbedingungen führen zum weiteren Verhängnis, zur vollkommenen Verelendung und zum Zusammenbruch. So gut wie es im Dezember vorigen Jahres dem Reichsarbeitsminister und der Reichsregierung möglich war, durch die Notverordnung einschneidende Eingriffe in den Lohnstandard vorzunehmen, muß es diesen Stellen möglich sein, auf Grund der gewonnenen Erkenntnis der Auswirkungen dieser Notverordnung einen gewissen Ruhezustand in Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten zu lassen, damit an die Frage der Arbeitsbeschaffung herangegangen werden kann. Mehr Initiative in dieser Richtung ist nicht nur das Gebot der Stunde für die Vertreter der freien Gewerkschaften, sondern es ist vor allen Dingen auch das Gebot der Stunde für die Reichsregierung, insbesondere den Reichsarbeitsminister.

Gelingt es, die Kreditfrage und die Frage der Arbeitsbeschaffung zu lösen, und darauf muß zur Zeit konzentriert die geistige Kraft gelegt sein, wird eine langsame Beschäftigungsmöglichkeit des starken Heeres der Arbeitslosen eintreten und damit auch eine stetige Ankurbelung der Wirtschaft. Darüber müssen wir uns klar sein, daß für die Dauer die gegenwärtige Lohnlage nicht haltbar ist und nur ein gewisser Ruhezustand in Betracht kommen kann. Erneute Angriffe gegen die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Sinne der Kundgebung des Reichsverbandes der Industrie lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab und setzen diesem Vorhaben den stärksten Widerstand entgegen.

Karl Müller.

Wichtige Entscheidung des Spruchsenats

zu dem § 89a und dem § 112 AVAVG.

Im Heft 6 des Reichsarbeitsblattes von 1932 wird im Teil IV auf Seite 106 unter 4332 eine wichtige grundsätzliche Entscheidung des Spruchsenats vom 22. Januar 1932 veröffentlicht.

Diese Entscheidung ist für alle Erwerbslosen, welche bei den Eltern oder Schwiegereltern, die Landwirtschaft besitzen, wohnen, von großer Bedeutung, insbesondere für die Verheirateten, wenn sie mit ihrer Familie in bäuerlicher Gemeinschaft mit den Eltern resp. Schwiegereltern leben.

Der § 112 sagt zunächst: Was der Arbeitslose durch Gelegenheitsarbeit verdient, wird auf die Arbeitslosenunterstützung nicht angerechnet, soweit der Verdienst in einer Kalenderwoche 29 v. H. desjenigen Betrages ist, der übersteigt, was der Arbeitslose bei voller Arbeitsbeschäftigung an Lohn und Gehalt einschließlich der Familienzuschläge für die Kalenderwoche beziehen würde. Der Mehrverdienst ist zu 70 v. H. anzurechnen. — Auf Grund dieses Paragraphen in Verbindung mit § 89a AVAVG, kann der Vorsitzende eines Arbeitsamtes einen Hausarbeitspolster mit seinem Antrag auf Anrechnung weglassen, weil er bei seinen Schwiegereltern wohnt, die Landwirtschaft betreiben. Der Antrag hat eine Gesamtgröße von 174 v. H. davon sind 29% bei Landwirtschaft und 145% bei gewerblich-gewinnbringender Fläche. Der Spruchsenatsbescheid gab dem Einspruch des Hausarbeitspolsters mit Zustimmung statt; die Spruchsenatsentscheidung ist demnach gemäß § 112 Abs. 1 AVAVG an den Spruchsenat weitergeleitet, grundsätzliche Entscheidung der Fragen.

1. ob es für die Anwendung des § 112 AVAVG erforderlich sei, daß ein anrechenbarer Verdienst tatsächlich erzielt wird oder ob es genüge, daß der Arbeitslose nach den Erfahrungstatsachen des täglichen Lebens und den Verhältnissen des Einzelfalles die Möglichkeit hat, sich voll oder teilweise zu betätigen und wirtschaftliche Tätigkeit zu leisten, und ob
2. die Möglichkeit zu verneinen sei, wenn wirtschaftliche Tätigkeit in einem solchen Umfang möglich ist, daß die volle Arbeitskraft des Arbeitslosen ausgenutzt wird.

Einleitend heißt es in der Entscheidung des Spruchsenats:

Verdienst im Sinne von § 112 AVAVG ist bei einem Arbeitnehmer das Arbeitsentgelt, das er tatsächlich verdient. Darauf, ob er nach den Umständen des Falles einen Verdienst zumutbarerweise erzielen könnte, kommt es nicht an.

2. Lebt ein Arbeitnehmer nach Verlust der Arbeitsstelle bei seinen Schwiegereltern, so wird Arbeitslosigkeit im Sinne von § 89a AVAVG nicht schon dadurch ausgesprochen, daß er nach den Verhältnissen der landwirtschaftlichen Betriebe der Schwiegereltern und den persönlichen Verhältnissen der Beteiligten den erforderlichen Lebensunterhalt in diesem Betriebe erwerben könnte.

Ferner ist von großer Bedeutung, was am Schlusse der Begründung ausgesprochen wird: „Aber die Frage, ob ein Verdienst nachgewiesen werden kann, ist keine nach dem

§ 112 AVAVG. zu entscheidende Frage des materiellen Rechts sondern eine Frage der Ermittlung der tatsächlichen Verhältnisse und eine Beweisfrage. Sie vermag nichts an der grundsätzlichen Auffassung zu ändern, daß nur ein tatsächlich erzielter Verdienst auf die Unterstützung anzurechnen ist.

Die zweite Frage, ob Arbeitslosigkeit zu verneinen ist, wenn wirtschaftliche Wertarbeit in dem Betriebe des Schwiegereltern in einem solchen Umfang möglich ist, daß die volle Arbeitskraft des Arbeitslosen ausgenutzt wird, ist ausschließlich nach § 89a AVAVG zu beurteilen. Sie war zu verneinen. Schwiegereltern und Schwiegerkinder gehören nicht zu dem im § 89a AVAVG aufgeführten Personenkreis, auf dessen Betrieb allein der Arbeitslose zum Erwerb oder Miterwerb des erforderlichen Lebensunterhalts unter den in der Vorschrift näher bezeichneten Voraussetzungen verwiesen werden kann (zu vergl. auch die E. 32 AN. 1932 S. IV 100). Schwiegereltern stehen daher sonstigen dritten, nicht unter § 89a fallenden Personen gleich. Der Arbeitslose kann ebenso wenig auf eine Beschäftigung bei seinen Schwiegereltern wie bei dritten Personen verwiesen werden. Eine allgemeine, die Arbeitslosigkeit ausschließende Rechtspflicht zur Annahme einer Arbeit besteht nach dem AVAVG nicht.

Arbeiter brandmarken RGO.

Die kommunistische Hetzpresse und ihre Lügenapostel verbreiten die Behauptung, daß der Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes, Kollege Hertwig, bei den Verhandlungen über die Beendigung des wilden Streiks bei der Firma Lindgens & Söhne in Köln-Mülheim, teilgenommen habe. Es wird ihm ferner zur Last gelegt, daß er an der Abfassung der famosen Erklärung der RGO-Betriebsräte mitgewirkt habe, und daß er auch in einer Streikversammlung am 4. Januar anwesend war.

Um die Verleumdung vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken, haben wir die Kollegen, die den Streik mitgemacht haben und auch teilweise an den Verhandlungen teilgenommen haben, aufgefordert, sich zu diesen Verleumdungen zu äußern. Es wurde uns die nachstehende Erklärung übermittelt:

Erklärung!

Die Unterzeichneten geben hiermit die nachstehende eidesstattliche Erklärung ab:

1. Die in der Chemischen Fabrik Kalk von der RGO. verbreiteten Gerüchte, der Kollege Hertwig-Köln, hätte an der Streikversammlung der Arbeiterschaft der Firma Lindgens & Söhne in Mülheim am 4. Januar 1932, teilgenommen, sind unwahr. Richtig ist, daß kein Vertreter der Gewerkschaften in dieser Versammlung anwesend war. Wer solche Märchen verbreitet, sagt die Unwahrheit.
2. Wir haben den Fabrikarbeiterverband auch telefonisch nicht benachrichtigt, daß in unserem Betriebe ein Streik ausgebrochen ist.
3. Es ist unwahr, daß der Kollege Hertwig an den Verhandlungen mit der Firma und der Streikkommission teilgenommen hat, wo über die Bedingungen der Wiedereinstellung der Betriebsratsmitglieder auch verhandelt wurde.
4. Wahr ist, als die Arbeit um 1 Uhr wieder aufgenommen wurde, daß dann der Kollege Spengler auf das Verbandsbüro nach Köln zum Fabrikarbeiterverband gegangen ist und dem Kollegen Hertwig, nachmittags 2 Uhr, Bericht erstattet hat.
5. Wir bestätigen ferner, daß die Belegschaft von der RGO-Leitung irreführt worden ist, da man uns erklärte, daß in Leverkusen und in anderen chemischen Fabriken gestreikt würde. Alle diese Mitteilungen haben sich als unwahr erwiesen, so daß einwandfrei feststeht, daß die RGO-Leitung bewußt die Belegschaft belogen hat.

Köln-Mülheim, den 24. Februar 1932.

Unterschrift:

gez. Th. Spengler,
Heinr. Michel, Karl Stolz,
Christian Becker, Lorenz Richmann.

Auch die weiteren Verdächtigungen, Hertwig hätte am Polizeipräsidium die Verhaltung der Betriebsratsmitglieder veranlaßt, ist eine Lüge, die jederzeit widerlegt werden kann.

Leistung der Konsumgenossenschaften

Am Anfang des Jahres 1931 betrugen die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine 406 Millionen Mark. Sie sind bis Ende des Jahres auf 319 Millionen Mark zurückgegangen. Hierzu wird in Nr. 9 der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ folgendes ausgeführt: „Mit der Hebung des Vertrauens und der Stärkung der Zuversicht wurden die Abhebungen der konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen kleiner. Die Spareinlageneinzahlungen aber nahmen wieder zu. Der durch den Zusammenbruch des deutschen Geldmarktes hervorgerufene Abzug an konsumgenossenschaftlichen Spareinlagen betrug für das zweite Halbjahr 1931 fast 100 Millionen Mark. In einer verhältnismäßig kurzen Frist stellten die Konsumgenossenschaften ihren spendenden Mitgliedern diesen Betrag — der den vierten Teil der im Laufe der Jahre gesammelten Spareinlagen darstellt — in bar zur Verfügung. Die Auszahlung dieser gewaltigen Summe im Zeitraum von nur sechs Monaten darf als eine bedeutsame und anerkennenswerte Leistung der Konsumgenossenschaften gewertet werden. Diese große Leistung ist in erster Linie durch die vorsichtige Geldwirtschaft der Konsumgenossenschaften und ihres zentralen Bankunternehmens ermöglicht worden.“

Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie

Die außerordentlich hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland charakterisiert bereits den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie. Das Institut für Konjunkturforschung gibt im Wochenbericht Nr. 47 die Ergebnisse der Industrieerhebungen bekannt. An der Zahl der geleisteten Arbeiterstunden in v. H. der Arbeiterstundenkapazität gemessen ergibt sich für Januar 1932 folgendes Bild:

Produktionsgüter-Industrien	27 v. H.
darunter	
Kraftstoffe (Bergbau)	55 v. H.
Großisen-Industrie	31 v. H.
Metallhütten, Walzwerke	35 v. H.
Maschinenbau	28 v. H.
Elektrotechnik	35 v. H.
Fahrzeugbau	19 v. H.
Bauwirtschaft	10 v. H.
Verbrauchsgüter-Industrien	41 v. H.
darunter	
Textil-Industrie	50 v. H.
Hausrat-Industrie	33 v. H.
Kulturbedarfs-Industrie	29 v. H.
Nahrungsmittel-Industrie	51 v. H.
Genußmittel-Industrie	49 v. H.

Lange Erörterungen sind zu diesem Ergebnis nicht notwendig. Sowohl bei den Produktionsgütern als bei den Verbrauchsgütern ist die Beschäftigung von Monat zu Monat geringer geworden. Um wieviel besser könnte die Menschheit leben, wenn die Beschäftigungsmöglichkeiten der Industrie auch nur um die Hälfte des heutigen Standes gebessert werden könnten. Aus obigen Zahlen ist der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsweise deutlich ersichtlich.

Elektrische Speisewärmeschränke

Wenn mittags die Fabriksirene schrillt, verlassen Arbeiter und Angestellte schnell ihr Arbeitsplatz. Jeder sucht rasch im Speiseraum oder am Fabrikator zu erscheinen, wo unzählige Frauen und Kinder mit dem warmen Mittagessen bereitstehen. Zwar sind in manchen Fabriken Kassen eingerichtet worden, die gegen einen verhältnismäßig geringen Preis ein einfaches, warmes Essen verabreichen und den Arbeiterfrauen weitere Wege ersparen. Aber leider gibt es trotzdem noch Tausende anderer Fabriken, die diese Einrichtung noch nicht besitzen. Aus falscher Sparsamkeit und Profitsucht lehnte man es ab, die primitivsten Forderungen einer rationellen Betriebsführung und Gesunderhaltung der menschlichen Arbeitskraft zu folgen. Günstigstenfalls hat man mehr oder minder unvollkommene Wärmeverrichtungen aufgestellt, um in Einzelfällen mitgebrachtes Essen erwärmen zu können. Aber nur zu häufig kamen Klagen über zu kaltes, oder warmes oder gar angebranntes Essen.

Diesen Mängel scheint nun ein von der AEG. hergestellter Speiseschrank mit elektrischer Erwärmung gründlich abzuhelfen. Die Schränke sind aus kräftigem verzinkten Eisenblech gebaut und haben nur 900 Watt Anschlußwert, so daß der Stromverbrauch sehr gering ist. Eine nach vorn aufklappbare Tür gestattet den Arbeitern, die mitgebrachten Essentöpfe bequem in den Schrank einzustellen. Die einzelnen Schränke sind so konstruiert, daß man beliebig viele Schrankteile übereinander aufbauen kann. Mit einfacher Bedienung, guter Erwärmung, Sauberkeit und niedrigen Kosten zeigt auch hier wieder die elektrische Beheizung ihre Überlegenheit über alle anderen Beheizungsarten. Betriebsräte und Vertrauensleute sollten sich nach Möglichkeit auf diese neue Errangenschaft berufen, um das Wohlergehen der Belegschaft auch auf diesem kleinen Einzelbiete zu fördern. Schm.

Verstaatlichung des Bergbaues beantragt

Nachdem sich kürzlich der deutsche Bergarbeiterverband energisch für die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues ausgesprochen hat, sind nun von der sozialdemokratischen Fraktion Deutschlands dem Reichstag verschiedene weitgehende Gesetzentwürfe unterbreitet worden, die u. a. vorsehen, daß die in Privateigentum befindlichen Betriebe des Bergbaues, einschließlich der Nebenbetriebe gegen Entschädigung in Reichseigentum übergeführt werden sollen; das gleiche gilt für die mit dem Kohlenbergbau verbundenen Betriebe der Grobbleiindustrie sowie die mit dem Metallbergbau verbundenen Hütten und Walzwerke. Die in Reichseigentum überführten Betriebe sollen nach Industriezweigen in regionale Betriebsgesellschaften und zentralen Dachgesellschaften zusammengefaßt werden, an deren Aufsichtsorganen Vertreter des Reichstages sowie der gewerkschaftlichen Fachverbände und Spitzenorganisationen angemessen beteiligt werden sollen (für eine ähnliche Organisation setzen sich seit langem die Arbeiter der Metallindustrie in England ein).

Zur Beachtung!

Hammerwerkschaftsabzeichen (Hammer mit Anstecknadel). Unser Abzeichen der Hammerwerkschaft wird nur an Organisationen und Kampfkommunisten abgegeben. Verkaufspreis 10 Pf. Je nach Menge entsprechender Rabatt. Vertriebsstelle: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig E. 1, Zeitzer Straße 32.



Tarif Gruppe V allgemeinverbindlich

Der Reichsarbeitsminister.
III Nr. 4688/34 Tar.

Berlin NW 40, den 1. März 1932.
Entscheidung.

Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages:

- a) auf Arbeitgeberseite:
Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Gruppe V, Thüringen, Ilmenau/Thür.;
- b) auf Arbeitnehmerseite:
Keramischer Bund, Gau Thüringen, Ilmenau/Thür., Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, Berlin.

II. Tag des Inkrafttretens: 1. Januar 1932,

- a) Lohn tafel für die chemisch-technische Fachgruppe,
- b) Lohn tafel für die Flakonfachgruppe,
- c) Lohn tafel für die Fachgruppe Lauscha, (zu a), b) und c): auf Grund der Vereinbarung vom 14. Dezember 1931).

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie, mit Ausnahme der Kristallglasindustrie.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Thüringen (mit Ausnahme der Stadt Altenburg) einschließlich der in Thüringen eingeschlossenen preussischen Gebietsteile.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 15. Februar 1932.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, jeweils mit dem Tarifvertrag.

Im Auftrag: gez.: Dr. Kalekbrenner,
Reichsarbeitsministerium.

Eingetragen am 4. März 1932

auf Blatt 9688 lfd. Nr. 2 des

Tarifregisters.

Der Registerführer:

Knörsech.

entgehen. Wie lange sollen noch die Wünsche der Opfer der Krise un erfüllt bleiben?

Durch unsere bekannten Anträge auf Grund der 2. Notverordnung vom 5. Juni 1931 für alle Branchen der Glasindustrie hoffen wir alsbald positive Ergebnisse in der Frage der Arbeitsbeschaffung oder der Arbeitsverteilung mit Hilfe der Behörden erlangen zu können. Aber weit gefehlt! Die Behörden haben in der Frage der Arbeitsbeschaffung und -verteilung die Zügel allzu schnell schloffen lassen. In wiederholten persönlichen Besprechungen mit dem Reichsarbeitsministerium, so erst am 7. März, haben die Vertreter der Branchenleitung verlangt, daß nun baldigst etwas in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Schichten einteilung, der Sonntagsruhe zu geschehen hat. In der gesamten Glasindustrie muß durch die Einführung des Krümpersystems (wechselseitige Arbeitsverteilung) durch Anordnung der Behörden etwas geschehen. Man darf nicht nur bei den Behörden die Leiden der Industrie sehen, sondern hat zu untersuchen, aus welchem Grunde die Leiden entstanden sind. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die ungesunde Binnenmarktpolitik, die Schwächung der Kaufkraft auch der Glasindustrie große Schäden zugefügt hat. Man darf auch vom Standpunkt des Technikers aus nicht danach fragen, wie viel Arbeitskräfte eventuell mehr eingestellt werden können durch geeignete Schichtenverteilung, sondern man muß überall dort, wo überhaupt Arbeitskräfte eingestellt werden können, aus arbeitsmarktpolitischen Erwägungen heraus zur Einstellung greifen.

Der von den Industriellen gegen Arbeitszeitverkürzung und -verteilung angeführte Grund der Unkostensteigerung in den Betrieben ist von uns schon oft widerlegt worden. In einzelnen Gruppen würden nachweisbar Unkosten von 1 bis 2 Proz. eintreten, Belastungen, die erträglich sind, wenn in Rechnung gestellt wird, daß direkt und indirekt die Industrie und die Beschäftigten zur Unterstützungsgewährung der Opfer der Krise bei Arbeiten im Betriebe zusteuern müssen. Die ausländischen Konkurrenzverhältnisse können eine beeinträchtigende Wirkung auf Arbeitszeitverkürzungen und anderweitige Regelungen bei uns in unbefriedigendem Sinne für die Arbeitgeber nicht haben, da wir dem Reichsarbeitsministerium gegenüber nachweisen können, daß in den Konkurrenzländern für einzelne Branchen zur Beseitigung der Notlage „außerordentliche Maßnahmen“ Platz gegriffen haben, die Verteuerung der Produktion in gewissem Umfang in sich tragen müssen.

Das Reichsarbeitsministerium erklärt, daß die Arbeiter nach der 2. Notverordnung etwas ins Stocken geraten sind. Sie werden aber auch für die Branchen der Glasindustrie weiterverfolgt, und sollen dabei die erneut vorgebrachten Gründe der Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Ein langes Zögern darf es nicht mehr geben. Die bekannte Solidarität der Glasarbeiter findet

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie mit Ausnahme der Kristallglasindustrie.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Kreis Rothenburg O.-L. mit Ausnahme des Ortes Rietschen, Orte Döbern, Jemnitz und Tschernitz im Kreise Sorau, Orte Dubrau und Friedrichshain im Kreise Spremberg, Ort Tschöps im Kreise Sagan.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. März 1932.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Im Auftrag:

gez.: Dr. Kalekbrenner.

Allgemeinverbindlich erklärt

Der Reichsarbeitsminister.

III 5028/12 Tar.

Berlin, den 8. März 1932.
Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

I. Parteien des Tarifvertrages:

- a) auf Arbeitgeberseite:
Schutzverband Deutscher Glasfabriken, Gr. II, Weißwasser;
- b) auf Arbeitnehmerseite:
Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund, Weißwasser;
Berufsverband Deutscher Glasarbeiter, Berlin.

II. Tag des Inkrafttretens: 1. Januar 1932,

Lohn tafel der Gr. II auf Grund der Vereinbarung vom 14. Dezember 1931.

Arbeitsbeschaffung in der Glasindustrie

Die vorhandene Massenarbeitslosigkeit ist in allen kulturellen Ländern, insbesondere aber auch bei uns in Deutschland zu einem gesellschaftlich-wirtschaftlichen Problem erster Ordnung geworden.

Gerade in den letzten Wochen haben Wirtschaftsverbände sowie Behörden besondere Erörterungen angestellt, wie der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung oder Arbeitsverteilung gesteuert werden kann. An den programmatischen Erklärungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner angeschlossenen Organisationen sowie der Sozialdemokratischen Partei kann man in der Öffentlichkeit nicht mehr länger achtlos vorübergehen, wenn man einer Katastrophe am Arbeitsmarkt ausweichen will.

Für die Glasindustrie haben wir in zurückliegender Zeit immer und immer wieder Regelungen für die Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung auf nationalem und internationalem Wege vorgeschlagen. Es muß auch in der Glasindustrie für die Opfer der Krise der Mechanisierung und Rationalisierung und der Planlosigkeit in der kapitalistischen Wirtschaft Hilfe mit allen Mitteln gebracht werden. Der Notsehrei in der Nummer 8 des „Keramischen Bundes“, die Hände

40 000 fleißiger Glasarbeiter

müssen unwillig ruhen, kann und darf nicht mehr länger ungehört verhallen. Wieviel Elend und Sorge dieser Notsehrei enthält, können nur ermessen, die selbst Opfer der Krise sind, die die tagtäglich sich im Umgang mit unseren Kollegen befinden.

Kommen wir heute nach Orten wie Fürth, Radeberg, Weißwasser, Penzig, Porta, Brackwede, nach Thüringen oder Bayern, überall stehen in Gruppen, von dumpfer Verzweiflung erfüllt, unsere fleißigen qualifizierten Glasarbeiter und beraten über Auswege aus dem fortschreitenden Elend. Viel Not und Schmerz haben wir immer auch in der Jetztzeit die Gewerkschaften gelitten. „Wir hören trotzdem: Was hilft uns Linderung, die wir dankbar anerkennen. Wir wollen Arbeit haben.“

In den Glasindustrie-Orten könnte Herr Müller, der „große Arbeiterführer“ (Vorführer wohl richtiger), der am 8. August 1931 den heutigen Mut besaß, im „Völkischen Beobachter“ zu schreiben: „Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu“, einmal sehen, daß die deutsche Glasarbeiterschaft nicht Unterstützung will, die sie den Verhältnissen ent-

sprechend zwangsläufig zu nehmen ein Recht hat, sondern Arbeit will.

Geradezu magisches Gewalt übt der glühende Glaskolben, die dumpfe Schleiferei, die ungesunde Maler- und Aetzerei auf unsere vor den Fabrikatoren stehenden Arbeitsschwachen und Arbeitsbrüder aus, ein Schrecken nach schwerer und ungesunder Arbeit ist in allen vorhanden; man will dem Druck der ständigen Arbeitslosigkeit



Leipziger Frühjahrsmesse 1932

„Was meinen Sie, kann man auf Besserung hoffen?“ Die Frage war ein geflügeltes Wort bei den Messebesuchern und kein Befragter konnte eine befriedigende Antwort darauf geben. Selbstverständlich gab es auch Optimisten, aber diese konnten ihre Ansichten auch nicht auf Tatsachen begründen. Nach der Messe wird wohl weiter auf Besserung gehofft werden. Die Hoffnung ist es, die noch etwas Anregung gibt. Wirtschaft kann man das nicht mehr nennen, was das kapitalistische System gegenwärtig noch bietet, das ist Krampf, Durcheinander, Abwürgen, Käuferüberverteilung, Kaufkraftmorden, Rationalisierung auf Kosten der menschlichen Arbeitskraft. Wer etwa daran zweifelt, mag die Messe besuchen und die Augen offen halten. Da werden noch Preise vom Händler verlangt, die in gar keinem Verhältnis zur Bezahlung der Arbeitskräfte stehen, und wenn man die Ladenpreise damit vergleicht, sind sie um mehr als hundert Prozent über die Händlerpreise geschwollen. Wenn Herr Kommerzienrat Dr. A. Zöllner von 50 Proz. Preissenkung beim Porzellan spricht, so ist in den Geschäften noch nicht viel davon zu merken. Die Messe bietet Hunderte von Gelegenheiten, derartige Beobachtungen zu machen. Gegenstände, die reine Handarbeit darstellen und mit Pfennigen bei der Herstellung bezahlt werden, kosten oben in den Stockwerken der Messehäuser beim Verkauf an die Händler sehr oft den 10- bis 15fachen und unten im Laden den 20- bis 25fachen Arbeitslohn. Das ist nicht nur beim Hausrat und Möbeln der Fall. Nichts rechtfertigt diese Bewucherung des verbrauchenden Menschen. Sie kennzeichnet aber die verfallene Wirtschaft des kapitalistischen Systems in höchstem Maße und stellt dessen Schäden bloß. Daran krankt unsere Wirtschaft mehr als an allem andern, viel mehr als an den angeblich zu hohen Löhnen und an den Tarifbindungen.

Im allgemeinen konnte man feststellen, daß sich Porzellan und Steingut nicht mehr so stark öffentlich vordrängen konnte wie in den letzten Jahren. Die Kunstkeramik behauptete sich noch am besten. Wie sonst, war es den paar bekanntesten Steingutfabriken möglich, sich in geschmackvoll ausgestatteten Schaufenstern mit ihrer Kunstkeramik dem großen Publikum zu zeigen. Die Kunstkeramik so dargestellt, zieht stets das Augen-

merk der Öffentlichkeit auf sich. Die Schaufenster und ihr Inhalt werden beachtet und manches Wort der Anerkennung kann man dabei hören. Die Preise werden allerdings noch zu hoch gefunden. Wenn man aber auch vergleicht, was in den Fabriken für Arbeitslöhne gezahlt und in den Schaufenstern für Preise verlangt werden, dann bleibt es unverstehlich, woher die Verteuerung auf dem Wege von der 2 bis 3 Bahnstunden entfernten Fabrik bis zum Schaufenster in Leipzig kommen kann. Diese Verteuerung ist eines der größten Übel und eines der trübsten Kapitel unserer Zeit. Sie ist mit einer der gefährlichsten Krankheiten der gegenwärtigen Wirtschaftsform.

Die Kunstkeramik gefällt in ihrer jetzigen Art dem kaufkräftigen Publikum und paßt ausgezeichnet zu den gegenwärtigen Möbeln. Man muß es den darin tonangebenden Steingutfabriken lassen, daß sie sich reichlich Mühe gegeben haben, um auf diesem Gebiete Vorbildliches zu leisten. In dem Hasttempo der letzten Jahre kann es allerdings nicht weiter gehen. Die Entwicklung auf diesem Gebiete erreichte einen Höchststand und eine Grenze ist gezogen. Das schadet auch nichts. Was darin erzielt wurde, kann sich jahrelang sehen lassen. Vielleicht ist es möglich, nach und nach auch dem handwerklich geschulten Facharbeiter wieder etwas Betätigung in der Kunstkeramik zu verschaffen, damit dieser Zweig nicht ganz von tüchtigen Facharbeitern entleert wird; dann zur gegebenen Zeit werden sie ja doch wieder gebraucht.

So auffällig wie die Kunstkeramik macht sich in den einzelnen Schaufenstern des Mustermeßbereichs im Verhältnis zum Umfang des Industriezweiges nicht einmal das Porzellan bemerkbar. Einige Fabriken bemühen sich ja in dieser Richtung sehr, aber die meisten haben kein Interesse daran, sich den Zehntausenden von Schauten zu zeigen. Auf das Wie kommt es vielfach an. Kahla führte z. B. in einem Schaufenster eine Kaffeekanne vor, die sich mechanisch reigte, etwas von ihrem Inhalt in unbehindertem Strahl in eine Tasse goß, sich wieder mechanisch aufrichtete und kein Tropfen an der Tülle hinterließ. Viele Vorbeigehende konnten sich freilich nicht erklären, was die Vorführung für eine Bedeutung haben sollte, aber Kenner wußten sofort Bescheid. Kahla brachte unter

es unerträglich, in allen Orten der Glasindustrie tagtäglich zu sehen, wie Hunderte und Tausende fleißiger Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß unfreiwillig ausgeschaltet worden sind. Deshalb ein gemeinsamer Schrei aller nach Arbeitsbeschaffung und Arbeitsverteilung zur Umgestaltung der jetzigen Verhältnisse.
Krebs.

Pg. Fabrikant Leopold Peill spricht

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Ortsgruppe D ü r e n, hielt am 4. Februar 1932 eine Versammlung ab, in der Leopold Peill über das Thema „Sozialismus im Dritten Reich!“ referierte.

Peill ist Inhaber der Firma Peill & Sohn, Glasfabrik in D ü r e n und wollte früher als gerechter Demokrat gelten. Er hat seinen Liberalismus abgestreift und ist nun bei den Nazis gelandet, was der Arbeiterschaft längst bekannt war. Seit Monaten werden in den Räumen des Betriebes 30 bis 40 Landsknechte beherbergt. Das Essen, das diesen Leuten verabreicht wird, können sich unsere Kollegen bei schwerer Arbeit nicht leisten. Um diese Drohnen unterhalten zu können, ging Peill dazu über und kürzte die Löhne. Im verflorzten Jahr wurden die Löhne bis zum Satz von 21 Proz. gesenkt. Bei allen Verhandlungen betonte Peill, daß er nicht instando sei, mit seinen hohen Löhnen der Konkurrenz begegnen zu können und ihm deshalb nichts anderes übrig bleibe, als die Gestehungskosten, was nur durch den Abbau der Löhne erfolgen könne, herabzumindern. In Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, die auch dort durch Betriebs einschränkungen eintrat, gaben die Kollegen nach in dem Bewußtsein, das Heer der Erwerbslosen nicht noch zu vergrößern.

Wenn nun Peill Mitglied der NSDAP. ist und diese Partei bisher weidlich schimpfte, daß die Gewerkschaften und deren bonzen schuld daran sind, daß die Löhne herabgesetzt wurden, dann verstehen wir nicht, wie Peill heute Mitglied dieser Partei sein kann? War er es doch, der die Löhne auf Grund der herrschenden Not herabsetzte!

Peill hat nun in einem zweistündigen Vortrag den Versammlungsberechnern auseinandergesetzt, was Sozialismus im Dritten Reich bedeutet und darauf hingewiesen, daß sein Sozialismus nicht identisch sei mit den sozialistischen-demokratischen-kommunistischen Parteien. Nach seiner Ansicht soll der Unterschied zwischen Kapital und Arbeit wieder so hergestellt werden, wie er früher war, das heißt, der Löwenanteil am Produkt gehört dem Unternehmer, und der Arbeiter erhält nur das Allernotwendigste, nicht zum Leben, sondern um vegetieren zu können. Mit unterdrücktem Lächeln, um den eigenen Parteigenossen nicht zu blamieren, zogen seine Mannen und das Anhängsel von dannen.

Wir empfehlen unseren Kollegen, mehr wie bisher auf dem Posten zu sein und für die Stärkung der Organisation zu sorgen, damit wir nicht, wie es Peill will, im Dritten Reich, im Reich der „Schönheit“ landen. —

der Bezeichnung „Askania“ wieder eine neue Serviceform mit neuem Blaudekor von der Porzellanfabrik Rühlau heraus, die das Chinablau ablösen wird, das ja von einigen Fabriken gemacht wird. „Askania“ kann ein neuer Schlager werden, es kommt auf den Preis an. Die Untertasse davon sollte nicht so voll dekoriert werden.

Auch die Porzellanfabrik Edelstein zeigte einen neuen vierfarbigen Buntdruckdekor unter der Bezeichnung „Chintzdekoration“, auch das kann ein Schlager werden, bei dem auch der Preis bestimmend sein wird. Eckige Teller zu einem Tafelservice gab es dort auch zu sehen.

In seiner Schaufensterausstattung zeigte Stadtlengsfeld ein völlig anderes Gesicht. Das Geschirr von ehemals war in den Hintergrund gedrängt, dagegen standen vorne Dosen, Vasen, zeichnerisch handgemalte Obstteller, ein Tuffenservice und Metallporzellan. Auch Beyer & Bock-Vollstedt stellte ein neues Gesicht zur Schau. Die neuen Sachen deuten auf eine günstige Entwicklung hin. Ansehnlich kann auch in thüringischen Porzellanfabriken gutes Geschirr hergestellt werden.

Metallporzellan war diesmal die vielen Porzellan- und Metallwarenfabriken gemeinsame Neuheit. Die meisten Porzellangeschirrfabriken warteten mit Metallporzellanservices auf. Ob der Massenaufwand und die Mühe auch durch Massenbestellungen belohnt wurden, entzieht sich unserer Kenntnis. Die Porzellanfabriken machen hier eine Mode mit, die nach meinem Dafürhalten dem Porzellan nicht günstig ist. Diese Strömung paßt doch gar nicht zu den anderen Modeströmungen und erst recht nicht zu den modernen Wohnungseinrichtungen.

Neue Muster in Formen und Dekoren hatten wohl die meisten Porzellan- und Steingutfabriken ausgestellt. Ein Stillstand war trotz Krise nirgends zu erkennen. Auch die hier nicht benannten Firmen und Fabriken der Geschirr- und Zierporzellanindustrie hatten sich Mühe mit Neuheiten gegeben; nur waren diese nicht so sichtbar in Schaufenstern und Schaukästen zu bemerken wie die oben genannten.

Griessbach-Cortendorf prangte mit einer keramischen Neuheit, die er sich schützen ließ unter der Bezeichnung „Silberkeramik“. Friedrichstal. Das „Goethe-Jahr“ war auch von einigen Firmen der Porzellan- und Steingutindustrie geschäftlich ausgenutzt worden. Aber die vielen Goethe-Bilder in der Leipziger

Maxis für Bürgersteuerzahlung durch Gewerbesteuer

Wie die „Gemeinde“ Nr. 23, Jahrgang 1930, mitteilt, hat in Neustadt in Sachsen der dortige Nationalsozialistische Vertreter im Stadtparlament bei der Beratung der Bürgersteuervorlage erklärt:

„Die Negersteuer ist gerecht und billig. Die Erwerbslosen rauchen noch Zigaretten und die Mädel geben 2,50 RM für Bubikopfschneiden aus. Da können sie auch Bürgersteuer bezahlen.“

Auslagen der verschiedensten Branchen wichen so stark voneinander ab, daß man behaupten kann, es waren mindestens zehn verschiedene Goethen zu sehen. Ob Goethe eine so wandelfähige Nase hatte, muß allerdings bezweifelt werden.

Eine einfache Godecktaschenpackung war auch zu sehen bei Rosenthal & Lorenz, Hutschenroutier. Rosenthal zeigte neben Osterhasen eine neue Serviceform „Chippendale“. Bei C. M. Hutschenroutier sah man neben anderen schönen Sachen auch das Muster für die slawische Hofhaltung. Königszeit, Schumann, Arzberg, Heinrich & Co., Selb, Seimann, Weiden, und andere waren mit Neuheiten vertreten. Die Porzellanfabrik „Wolkire“, Bayreuth, hatte gar Porzellanbuchstaben als Neuheit herausgebracht. In ihrem Schaukasten hatte sie jedoch diese Neuheit noch nicht zur Reklame verwendet. Auch zwei Jubiläen wurden in Schildern angekündigt. 140 Jahre Weimar-Porzellan ließ es auf dem Schild der Porzellanfabrik C. & E. Carstens, Blankenhain. Die Steingutfabrik Wächtersbach in Schlierbach kündigte ihr 100jähriges Bestehen an.

Qualität war alles, was von den deutschen Fabriken auf dieser Messe wieder gezeigt wurde, das empfand man sehr deutlich, wenn man die ausländischen Ausstellungen von Frankreich, Japan, Italien, Rußland, Türkei, Spanien in Porzellan, Steingut, Majolika verglich. Es sollte eben so sein, daß die deutsche Kaufkraft allein zur Beschäftigung der deutschen Fabriken ausreichen würde, dann könnte die Qualität der deutschen Porzellanfabriken auch Absatz finden. Einige Firmen waren auf dieser Messe nicht vertreten.

Die fremden Länder traten auf dieser Messe als Konkurrenz für die Porzellanindustrie mehr in Erscheinung. Die Tschechoslowakei war wie immer vertreten. Japans Porzellan-Ausstellung wird immer umfangreicher im Ringelhaus und in der Stadt, Kaufhaus. Rußlands Angebot war reichhaltiger. Italien war im Ringelhaus und in der Mädel-Passage zu finden. Österreich stellte sein Bestes zur Schau. Und Dänemark kam geschlossen im Kunstgewerbemuseum zur Geltung. Dänemark hatte Kunst- und Ziergegenstände seiner drei Kopenhagener Porzellanfabriken: Königl. Porzellanfabriken, Bing & Gröndahl, Dahl Jensen so ausgestellt, daß Porzellan überweg. Auch in Hochspannungsartikeln zeigte sich Dänemark, aber an anderer Stelle. England war mit einem gefälligen Englisch-Blau-Dekor vertreten.

In der Kunstgewerbeausstellung waren diesmal wieder die Staatliche Porzellanmanufaktur Berlin, meist in weiß und etwas farbig; Friedrich Käsner, Oberhohndorf, mit seinen modernen Henning-Entwürfen und die Porzellanfabrik Arzberg mit Dekoren von Fritz von Stockmayer, Stuttgart-Degerloch, vertreten. Es ist erfreulich, wenn sich auch Porzellanfabriken künstlerisch betätigen, die bisher rein industrielle Wege gingen; es ist aber sehr fraglich, ob von Stockmayer der richtige Porzellandekorateur ist. Die ausgestellten Dekore waren dem Porzellan nicht voll angepaßt. Stockmayer wird sich ändern müssen, wenn er Erfolg haben will. Keramikdekore dem Porzellan anpassen, ist nicht gut. Die Werkleitung müßte das schon sehen.

Wie das Messengeschäft war, wissen nur die Fabriken. Einige haben sicher ihr Geschäft gemacht, andere bekamen Musterbestellungen und so manche hatten das Nachsehen. In einer solchen Krisenzeit kann es ja gar nicht anders sein. Notwendig ist eine Bereinigung des politischen Mißtrauens, Niederlegen der Zollmauern, geregelter Devisenverkehr. Die meisten exportierenden Porzellan- und Steingutfabriken werden zornig erfüllt wahrgenommen haben, wie schmerzhaft gerade sie von den landwirtschaftlichen Schutzzöllen betroffen wurden. Sie müssen büßen, was Schiele als Ernährungsminister ihnen einbrockte.

Edwin Nenninger.

Selb

Am 7. März erschienen vor dem Arbeitsgericht Selb als Vertreter der RGO, die Herren Kapitän Panzer aus Marktredwitz und Christian Kästner aus Selb-Pförsberg. Der Vertreter der Beklagten beantragte Ablehnung der RGO-Vertreter, weil die RGO laut vorliegenden Entscheidungen keine wirtschaftliche Vereinigung ist und nach den Bestimmungen des § 10 AGG. nur Vertreter wirtschaftlicher Vereinigungen beim Arbeitsgericht zugelassen sind. Dem Antrag wurde vom Gericht stattgegeben. Die RGO-Vertreter waren davon innerlich erfreut, denn sie brauchen vor ihren erschienenen Mitläufern den Beweis ihres revolutionären Könnens nicht zu erbringen. Herr Panzer hat das Gericht gebeten, ihn doch zuzulassen, weil er in einem Betrieb in Marktredwitz Betriebsratsvorsitzender ist, schon dadurch wäre es ihm möglich, eine Vertretung für die RGO zu übernehmen. Der Mandat des Panzer erklärte dem Gericht, daß er nicht Mitglied der RGO ist. Zu den berechtigten Klagen wollen wir kein Wort verlieren. Wir müssen es den Revolutionären selbst überlassen, so weiterzumachen, solange es noch Dumme gibt.

Grünstadt

Die Steingutfabrik Grünstadt A.-G. in Grünstadt konnte im Geschäftsjahr 1932/33 auf 270.000 RM Aktienkapital vier Prozent Dividende verteilen. Der Betriebsergebnis betrug 7544 RM. In der Bilanz erschienen: Reserve 54.000 (unverändert), Betriebsrücklage 12.400 (13.500), Debitoren 12.500 (17.497), Unterhaltungsfonds für Arbeiter 15.103 (12.751), Hypotheken unverändert 37.500, Kreditoren 75.000 (125.500), andererseits Gebäude 177.193 (151.233), Grundstück 12.500 (unverändert), Maschinen 1855 (3974), Mobilien 3490 (5236), Fuhrpark 750 (12.373), Kasse 1555 (5535), Wechsel 37.72 (73.566), Postcheck 1500 (4199), Debitoren, Bankguthaben 301.175 (319.521), Vorräte 22.059 (72.819) RM. An Stelle von Direktor Leopold Kirschbaum-Frankfurt a. M. wurde Rechtsanwalt Dr. Fritz Rosenfelder-Karlsruhe neu in den Aufsichtsrat gewählt.



Arbeitszeitverkürzung ist notwendig

Die freien Gewerkschaften sind seit ihrem Bestehen immer für eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten. Nachdem aber die ungeheure Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit einsetzte, ist der Lauf nach Verkürzung der Arbeitszeit noch lauter geworden. Auch der Frankfurter Gewerkschaftskongreß forderte mit allem Nachdruck die 40-Stunden-Woche. In verschiedenen Industrien ist ja auch eine erhebliche Kürzung der Arbeitszeit eingetreten, aber in anderen wird seitens der Arbeitgeber immer noch an der alten Arbeitszeit festgehalten.

Zu den Letzteren gehört auch, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Ziegelindustrie. Die Ziegelindustrie ist ja bekannt dafür, daß sie seit jeher die längste Arbeitszeit hatte. Die tägliche Arbeitszeit betrug vor dem Kriege erst 16, dann 14 und zuletzt 12 Stunden, während sie nach dem Kriege vielfach noch 10 Stunden betrug. Die im Herbst vorigen Jahres zwecks Verkürzung der Arbeitszeit stattgefundenen Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, weil die Ziegeleibesitzer eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ablehnten. Die Ziegeleibesitzer verkürzen wohl die Arbeitszeit, wo ihnen Vorteile winken, aber im übrigen wollen sie keine tariflichen Bindungen eingehen.

Bereits in der letzten Kampagne ließen viele Ziegeleibesitzer mit der Presse 8 Stunden und beim Ofen 10 Stunden arbeiten. Mit der Presse wurden in 8 Stunden nicht nur soviel Rohlinge hergestellt, als der Ofen in 10 Stunden brauchte, sondern es blieb noch ein Plus übrig. Die Ziegeleibesitzer sparten bei diesem System nicht nur die 3 Pf. Mehrarbeitszuschlag, sondern sie brauchten auch einige Mann als Packensetzer weniger. Wurden zum Beispiel bei 10 Stunden mit der Presse wöchentlich 150.000 Steine hergestellt, und der Ofen braucht 100.000, so mußten 50.000 Steine im Packen gesetzt werden, während bei 8 Stunden wöchentlich 120.000 hergestellt und somit nur 20.000 im Packen gesetzt werden brauchen.

Den Nutzen bei einer solchen Arbeitszeitverkürzung hat also ausschließlich der Arbeitgeber, und anstatt Mehreinstellung findet eine Wenigereinstellung von Arbeitern statt.

Beim Ofen wird, wie schon angeführt, immer noch an der 10stündigen Arbeitszeit festgehalten. Hier wird großer Wert auf eine möglichst hohe Wochenleistung gelegt. In der Konjunkturlage 1927 bis 1929 wurde entweder in Akkord gearbeitet, oder es wurden Prämien gezahlt, wodurch eine große Leistungssteigerung erzielt wurde. In den letzten schlechten Kampagnen sind die Zulagen alle abgebaut, die hohen Leistungen müssen aber weiter vollbracht werden. Die Einführung der 8stündigen Arbeitszeit ist deshalb etwas schwierig, weil:

1. die Ziegeleibesitzer die hohen Leistungen beibehalten möchten;
2. die Mehreinstellung von Arbeitern nicht durchführen wollen; und
3. die Ziegler in 8 Stunden nicht dasselbe leisten können und auch nicht wollen wie in 10 Stunden, selbst wenn wieder Prämien gegeben werden.

Liegnitz

Nur noch durch weiteren Lohnabbau kann die Ziegelproduktion und damit die Wirtschaft angekurbelt werden, ist auch die Ansicht der Domium- und Schloßziegelei in Parchwitz. In einem Schreiben fordert sie uns auf, die Zustimmung dazu zu geben, daß den Zieglerkollegen anstatt 44 Pf. tarifmäßige nur 40 Pf. Stundenlohn zu zahlen.

Es wird gesagt, daß bei den gegenwärtigen Verhältnissen und da die Löhne den größten Anteil an den Produktionskosten darstellen, nur dieser Lohnsatz den Arbeitern vergütet werden kann.

Durch den Ausdruck „vergütet“ bringt die Firma bewußt oder unbewußt zum Ausdruck, daß auch sie der Auffassung ist, daß mit einem Stundenlohn von 40 Pf. die Arbeitsleistung nicht bezahlt ist und auch der Arbeiter wirtschaftlich nicht menschenwürdig existieren kann. Weiter wird auch hier die Behauptung der Unternehmer wiederholt, daß der Lohnanteil den größten Anteil an den Produktionskosten ausmacht. Zu dieser Frage verweisen wir auf den in Nr. 11 des „Keramischen Bundes“ erschienenen Aufsatz „Lohnkosten in der Ziegelindustrie“.

Ab 1. Januar d. J. hat man die Zeitstundenlöhne um 10 Prozent gesenkt, nachdem bereits schon im vergangenen Jahre eine Kürzung von 8 Prozent vorgenommen war. Das war aber nur eine Kürzung der Stundenlohnsätze. Im Jahre 1932 waren, nach Angaben der Unternehmer, rund 90 Prozent der Ziegeleiarbeiter im Akkord und hatten dabei bis zu 40 Prozent mehr als der Zeitlohn. Nachdem eine Leistungssteigerung nicht mehr möglich war, weil man die Wählerlei auf Grund eines brutalen Antreibersystems das Aeußerste schon herausgeholt hatte, schaffte man überwiegend in Akkordarbeit ab, verlangte aber dieselben Leistungen. Es werden höchstens nur noch 20 Prozent der Arbeiter im Akkord beschäftigt, die bei größter Anstrengung nur noch 25 Prozent Ueberverdienst erreichen können.

Dieser Raubbau an dem Einkommen der Ziegeleiarbeiter muß sich auf die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit katastrophal auswirken. Zwangsläufig wird eine Leistungsminde rung eintreten. Von nur noch halb- oder unterer-sährten Menschen kann man vollwertige und Spitzenleistungen nicht erwarten.

Aus der Zurecht der Schloßziegelei in Parchwitz können die Ziegeleiarbeiter ersehen, mit welcher brutaler Rücksichtslosigkeit die Unternehmer versuchen, die Notlage der Ar-

beiter und die Wirtschaftskrise auf lohnpolitischem Gebiet für sich auszunutzen. Daraus müssen die Arbeiter endlich erkennen, wie notwendig der Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverband Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, ist, um diesen Machtgelüsten der Arbeitgeber wirksam entgegenzutreten zu können.

Prinzipalen sicher noch teuer werden. Kollegen, ihr seht an diesem Beispiel, wie töricht es ist, sich erst im letzten Augenblick zu organisieren. Für jeden Ziegler ist es Pflicht, immer dem Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, anzugehören; er vertritt ihre Rechte in volstem Maße. Tausende ähnlicher Beispiele beweisen es.

Ein besonderes Kapitel ist die Arbeitszeit der Brenner. Diese arbeiten in Rheinland-Westfalen noch immer in 2 Schichten zu 12 Stunden. In der Zeit der Massenarbeitslosigkeit ist das eigentlich ein Skandal, und man muß sich wundern, daß hier das Reichsarbeitsministerium noch nicht eingegriffen hat. Hier ließe sich gut die viertgeteilte, mindestens über die dreigeteilte Schicht zu je 8 Stunden einführen. Die Brenner hätten dann immer noch eine Wochenarbeitszeit von 42 bzw. 56 Stunden. Die von den Ziegeleibesitzern gemachten Einwände, bei 3 Brennern würden die Steine nicht so gut, ist nicht stichhaltig, denn die größeren Werke, welche Klinker, Verblender und Pfannen herstellen, beschäftigen fast alle 3 Brenner. Würden auf allen Ziegeleien in Deutschland 4 bzw. 3 Brenner eingestellt, so könnten 2000 bis 6000 Mann der großen Arme der Arbeitslosen entzogen werden. An dieser Tatsache wird auch die Regierung nicht achtlos vorbeigehen können, wenn die von ihr angekündigte Arbeitsbeschaffung nicht ein leerer Wahn sein soll.

Leider muß auch bemerkt werden, daß ein Teil Ziegler gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit ist. Viele glauben mit dem Hinweis, die Saison dauere doch nur ein paar Wochen, unbedingt das Recht auf den 10-Stunden-Tag zu haben, sie denken dabei aber nicht an ihre erwerbslosen Kollegen, welche auch gern ein paar Wochen arbeiten möchten. Da die Löhne im letzten Jahre bereits um 20 bis 25 Prozent herabgesetzt sind, so steht fest, daß die Zieglerschaft die größte Last bisher zu tragen hatte. Damit sollte es genug sein. Bei den Wanderzieglern, welche fern von Weib und Kind arbeiten müssen und deren Los sowieso sehr hart ist, müßte es so eingerichtet werden, daß sie an 5 Wochentagen ihre Arbeit leisten können und somit Gelegenheit hätten, Sonntags nach Hause zu fahren, ohne daß dadurch eine Lohnminderung einträte. Im Frühjahr laufen fast alle Mehrarbeitszeitabkommen ab, und es werden Verhandlungen zwecks Neuausschluß stattfinden. Hoffentlich werden die Ziegeleibesitzer etwas mehr Verständnis als bisher für eine Verkürzung der Arbeitszeit an den Tag legen, denn die Ziegler haben bereits genug Opfer gebracht. An alle Ziegler aber ergeht der Ruf: haltet weiter fest zum Keramischen Bund und klärt alle Kollegen auf, worum es geht. Unsere Parole muß sein: Wir wollen eine Arbeitszeit, bei der es möglich ist, daß alle Kollegen Arbeit erhalten, und wenn sich dann die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder bessern, wollen wir mit dem Keramischen Bund dafür kämpfen, daß wir in 8 Stunden soviel verdienen, daß wir es nicht nötig haben, an eine längere Arbeitszeit zu denken.

E. G. Essen.

Klausdorf

„Wir haben die Macht in den Händen.“ Dieser Ausspruch ist in Klausdorf so populär geworden, daß ihn in unserem Ort fast jeder kennt. Wer ihn etwa noch nicht kennen sollte, möge sich mal nach Klausdorf (Kr. Teltow) begeben, um den Ausspruch von den Ziegeleibesitzern und deren Meistern richtig zu verstehen. Dieser Ausspruch kennzeichnet die Regierungsmethode, mit der auf den Ziegleien regiert wird. Es sei ein Fall erwähnt, der nicht allein dasteht. Er beweist, daß die Besitzer es nicht nur sagen, sondern auch wahrzumachen versuchen. Auf der Ziegelei Joachim Schulze wurde in der vergangenen Saison nicht ganz tariflich bezahlt. Da die Kollegen nicht organisiert waren, ist das zu verstehen. Aus diesem Grunde ließ man die Karre eben laufen, wie sie lief. Vergeblich war die Zieglstelle bemüht, auch diese Kollegen für den Fabrikarbeiterverband zu gewinnen. Nach Beendigung der Kampagne kam ein Kollege auf den Gedanken, gegen die Firma wegen des zu wenig gezahlten Lohnes zu klagen. Das Ende vom Lied war, daß er so gut wie gar nichts erreichte. Erst jetzt entsannen sich die Kollegen, daß es eine Organisation gibt, die vielleicht der rettende Engel sein könnte. Darauf kamen denn auch die anderen und organisierten sich. Um zu beweisen, daß wir nicht leere Phrasen predigen, leiteten wir die Klage durch den Gau 3 ein. Wie vorauszu sehen war, wurde auch die Klage durch den Fabrikarbeiterverband gewonnen. Als die Kollegen jetzt erschienen, um sich ihr eingeklagtes Geld zu holen, besaß der Ziegeleibesitzer die Frechheit, den Kollegen zu sagen, er habe viel Arbeit und sie könnten solange arbeiten, wie sie wollten, wenn sie auf einen Teil der Forderung verzichten würden. Leider sind einige Kollegen auch darauf eingegangen. Den anderen Kollegen, die auf der ganzen Forderung bestanden, wurde erklärt, wenn sie nicht arbeiten wollen, dann brauchen sie sich nicht mehr sehen zu lassen. Diese Kollegen stehen jetzt auf der schwarzen Liste. Das hätte vermieden werden können, wenn sie sich damals gleich organisiert hätten. Die Haltung wird den

Prinzipalen sicher noch teuer werden. Kollegen, ihr seht an diesem Beispiel, wie töricht es ist, sich erst im letzten Augenblick zu organisieren.

Für jeden Ziegler ist es Pflicht, immer dem Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, anzugehören; er vertritt ihre Rechte in volstem Maße. Tausende ähnlicher Beispiele beweisen es.

Neubeckum

In größter Harmonie feierte der Werkverein des Portland-Zementwerkes „Elsa“ sein Weihnachtsfest. Harmonisch, gemütlich und friedlich verlief das Fest, wie es nun einmal bei diesen Herrschaften zugehen muß, solange man kein Oertken intus hat. Im Wein liegt Wahrheit und beim Westfälinger im Oertken. Also, das Weihnachtsfest hat stattgefunden. Nach dem Theater wurde ein lebendes Bild gezeigt, das scheinbar das Symbol des Vaterländischen Arbeitervereins vorstellen sollte, wobei ein 10-Pfund-Hammer gebraucht wurde. Vielleicht fand einer die Veranstaltung etwa zu langweilig, jedenfalls suchte er die Länge weile zu vertreiben, indem er den Dirigenten markierte. Aber auch das war für ihn kein Kurzwort, denn bald erhielt er am Vorstand und Beamtentisch eine Rede über Huren, Saugluder, Schmarotzer usw. Daß dem ersten Vorsitzenden des Werkvereins die Rede, zu der er das Wort nicht erteilt hatte, nicht gefiel, kann man sich vorstellen. Jedenfalls holte er den 10-Pfund-Hammer, das Symbol des Werkvereins, tief müchtig und stolz wie einst Herkules durch den Saal mit dem teutonischen Ruf: „Ich werde mein Haus reinhalten.“ Allerdings hatte man den unliebsamen Vorredner mittlerweile den Saal von oben bis unten kaputt gerissen. Der tapferer Vorsitzende des „gelben Werkvereins“ konnte zum Glück bald seines etwas schweren Zeichens beraubt werden, damit die anwesenden Mitglieder des „gelben Werkvereins“ nicht Gefahr liefen schließlich die diktatorischen Maßnahmen in ihr Gehirn eingeklinkert zu bekommen. Gemütlich und ruhig ist das Fest verlaufen so berichtet die Presse.

Beachtet man diese Kleinigkeiten nicht und denkt nur daran, daß es Freibier gegeben hat, so kann man ruhig sagen, es ist gemütlich im „gelben Werkverein“, selbst wenn man heute unter Tarif bezahlt wird.

Arbeiter, besinnt euch, für 8 Groschen bekommt ihr Bier geschenkt und auf der anderen Seite büßt ihr pro Woche 1,44 RM ein. Findet endlich den Weg zu eurer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, Zahlstelle Neubeckum. O. S.

Wittmund

Recht eigenartige Arbeitsverhältnisse scheinen auf der Ziegelei Gebr. Kaufmann in Fulkum zu bestehen. Der größte Teil der Arbeiter ist unmorganisiert und Tariflohn wird nicht gezahlt. Eingestellt und beschäftigt werden nur Arbeiter, die dem Stahlhelm angehören bzw. nach Arbeitsaufnahme beitreten. Der Ziegleimeister E. Schuhmann, selbst Stahlhelmer, sucht sich bei Einstellung von Arbeitskräften seine Gesinnungsgenossen aus.

Die Arbeitszeit der Brenner beträgt oftmals 17 bis 18 Stunden täglich. Bei einer Agitationstour konnten wir erleben, daß die Ehefrauen der Arbeiter uns ihr Leid mit folgenden Worten klagten: Unsere Männer haben nur noch Zeit, wenn sie zu Hause sind, zu schlafen. Bei der notwendigen Essenseinnahme müssen wir oft erleben, daß die Männer vor Müdigkeit einschlafen. Irgendwelche Veranstaltungen oder Versammlungen zu besuchen, besteht daher keine Möglichkeit. Würden die Ziegeleiarbeiter trotzdem an irgendwelchen Arbeiterveranstaltungen teilnehmen, so würden sie sofort ihren Arbeitsplatz verlieren, wie es schon einigen Funktionären ergangen ist.

Eine Organisation wird im Betrieb nicht geduldet. Wie schon oben gesagt, gehören die Ziegeleiarbeiter dem Stahlhelm an und die Ehefrauen dieser Ziegeleiarbeiter sind dabei meistens eingeschriebene Mitglieder der Kommunisten.

So sieht das Dritte Reich in der Praxis aus. Ueberlange Arbeitszeiten, Koalitionsverbot, Arbeiten und Schuften, nur noch Zeit zum Schlafen. Wer nicht pariert, verliert seinen Arbeitsplatz, und Unternehmer- und Stahlhelmorganisationen sorgen dafür, daß im ganzen Umkreis der Arbeiter Verdienstmöglichkeiten nicht mehr bekommt. H. G.

Neue Absatzregelung im Westdeutschen Zementverband

Nach Pressemitteilungen ist mit Wirkung vom 1. März 1932 die Verkaufsorganisation des Dyckerhoff-Wicking-Konzerns auf den Westdeutschen Zementverband übergegangen. Auch ist eine Neuordnung der Absatzgebiete in folgender Weise vorgenommen worden: Der Dyckerhoff-Wicking-Konzern beliefert das ganze linksrheinische Gebiet bis zur Grenze des süddeutschen Zementverbandes; ebenso erfolgt die Belieferung des rechtsrheinischen Gebietes bis zu 15 Kilometern östlich des Rheins, durch die Dyckerhoff-Werke Aumöburg, dem Bonner Bergwerks- und Hüttenverein, Werk Oberkassel, und dem neuen Wicking-Werk in Neuwied.

Bis auf das Werk in Lengerich-Wicking l. will man alle alten Zementwerke stilllegen. Die dann noch übrigen Werke im Beckumer Gebiet, dazu gehört auch Wicking l. in Lengerich, sollen das übrige Verbandsgebiet des Westdeutschen Verbandes beliefern. Durch diese Gebietsenteilung ist das Uebergewicht des Wicking, jetzt des Dyckerhoff-Wicking-Konzerns, im Westdeutschen Zementverband noch weiter gewachsen.

Waldenburg / Jahreskonferenz

Die Jahreskonferenz der Delegierten des Bezirks Waldenburg nahm einen außerordentlich ausgedehnten Verlauf. Es waren 58 Delegierte aus allen Ortsgruppen vertreten.

Nach Begrüßung der Konferenz und Erörterung der geschäftlichen Angelegenheiten durch den 1. Bevollmächtigten, Koll. Kühn, eröffnete Landtagsabgeordneter Kollege Lehmann, Hirschberg, das Wort zu einem Referat: „Arbeiterklasse und Faschismus.“ Ein treffendes Bild der gesamten Struktur des Faschismus wurde von ihm gezeichnet. Es wurde klar herausgestellt, daß diese Bewegung von Hause aus gar nichts anderes sein kann, als eine Schutztruppe des reaktionären Arbeitgebertums, geschaffen zur Wiederherstellung und Entrechtung der Arbeiterklasse. Referent kennzeichnete dann die Wege, die die Massen des freiheitsliebenden Volkes zu gehen haben, um diesen Spuk wieder zu beseitigen. Trotz aller Nöte und Sorgen des Alltags hat sich das deutsche arbeitende Volk in unbezwingbarem Freiheitswillen erhoben, um eine eisernerer Mauer zu bilden, an der sich die Feinde der Republik und der Arbeiterrechte die Köpfe einhaken werden. Das Referat wurde mit großem Beifall aufgenommen. Es wurde darauf hingewiesen, daß alle unsere Kollegen sich in die Hammerschmied der Eisernen Front einreihen müssen.

Der Geschäftsbericht, den Kollege Kühn erstattete, ließ die ganze Schwere der wirtschaftlichen Situation erkennen. In allen Bereichen des Zahlstellengebiets wurde das Personal z. T. sehr weitgehend verkleinert. Kurzarbeit und Stilllegungsaktionen waren an der Tagesordnung. Die Zahlstelle hatte bei 4136 Mitgliedern am Jahresende 1251 Arbeitslose und 1367 Kurzarbeiter. Diese Zahlen erheben blutbildend die Schwere der Situation.

Das Gebiet der Tarifverträge wurde eingehend behandelt, wobei festgestellt werden konnte, daß es dem tatkräftigen Eintreten des Verbandes häufig möglich war, die oft sehr weitgehenden Wünsche der Gegenseite abzuwehren.

Die Bildungsarbeit wurde ebenfalls recht reger betrieben. Der Funktionärschulung wurde große Aufmerksamkeit gewidmet. Der Verbandsfilm „Aufstieg“ wurde in 10 Vorstellungen vorgeführt und fand guten Anklang.

Aus dem Bericht über die Betriebsräte ging hervor, daß im Berichtsjahre erstmalig die Opposition mit eigenen Listen hervortrat. Nach der Statistik ergibt sich, daß bei einer erfaßten Beschäftigtenzahl von 4936 in 22 Betrieben 108 Betriebs- und Arbeiterratsmitglieder gewählt wurden, davon gehören den freien Gewerkschaften 93, den christlichen 2, den Gelben, Nazis und Unorganisierten 7, und der RGO 6 an. Und das trotz übelster Hetzmethoden!

Im Bezirk wurde in 1781 Fällen Rechtshilfe geleistet. An Klagen wurden 596 durchgeführt, worunter ein Teil Massenklagen enthalten sind, die gewonnen wurden. Nur drei wurden verloren.

Wegen Verleumdung der Angestellten wurden zwei Klagen durchgeführt, die mit der Verurteilung der Verleumder endigten.

Aus dem Kassenbericht des Kollegen Schlittmann ging hervor, daß die Hauptkasse mit 12.893 Mark und die Lokalkasse mit 85.774 Mark balancieren. Außerordentlich bedeutsam war die Summe der Unterstützungszahlungen, welche im Berichtsjahr 92.000 Mark aus Mitteln der Hauptkasse und 6879 Mark aus der Lokalkasse betrug. Die Invalidenunterstützung des Verbandes beziehen bereits 183 Kollegen, davon 34 Frauen. Der Entlastung wurde zugestimmt.

An der Aussprache beteiligten sich die Kollegen Schlade, Stanowitz, Schall, Königszelt, Schneider, Saarau, Tilch, Saarau, Bittner, Altwasser und Schmidt, Sandberg, die beachtenswerten Hinweise auf wichtige Vorkommnisse in den Betrieben vortrugen. Im Schlußwort konnte die Übereinstimmung der Konferenz mit der Arbeit der Verwaltung in vollem Umfang festgestellt werden.

Für die Frauenkommission wurde Kollegin Thoma mit beratender Stimme der Verwaltung zugewählt.

Die Verwaltung wurde im Wesentlichen bestätigt gewählt.

Mit einem Schlußwort des Kollegen Kühn und dem Appell, in alter Treue für den Verband zu wirken, fand die Konferenz mit einem begeisterten Hoch auf den Verband ihr Ende.

Gräfenroda / Vertreterversammlung

In Reichmannsdorf tagte am 21. Februar 1932 die Vertreterversammlung unserer Bezirkszahlstelle Gräfenroda. Anwesend waren aus 18 Betrieben 31 Vertreter einschließlich der Ortsverwaltung. Kollege Kohlshütter erstattete den Geschäftsbericht für das Jahr 1931. Die Krise wirkte sich in unserer Bezirkszahlstelle besonders schlimm aus. Ursache und Auswirkung wurden einer kritischen Betrachtung unterzogen. Ende des Jahres waren von der Mitgliedschaft 30 Prozent arbeitslos, 20 Prozent waren Kurzarbeiter, und nur 20 Prozent waren voll beschäftigt. In den vorgetragenen Zahlen spiegelt sich die Not und das Elend unserer Waldbewohner wider. In 400 Fällen wurde Rat und Auskunft erteilt, in 91 Fällen die Vertretung vor Arbeitsgerichten, Oberversicherungsamt, Spruchauswahnspruch, Spruchkammer, Gauschiedsamt usw., übernommen. Die erstrittene Summe betrug 8034 RM. Im Berichtsjahr wurden 168 Neuaufnahmen gemacht. Die Mitgliederzahl hat sich nicht wesentlich verändert. Die Hauptkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 27.943,34 RM, die Beträge sind zum größten Teil für Unterstützung an die Mitgliedschaft zurückgeflossen. Invalidenunterstützung vom Verband erhalten in unserer Zahlstelle 24 Kollegen und Kolleginnen. Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 19.761,06 Reichsmark.

In der Diskussion, die in sachlicher Weise geführt wurde, brachten die Kollegen aus den

Betrieben zum Ausdruck, daß von der Unternehmenseite die tariflichen Bestimmungen umgangen werden. Über besonders krasse Fälle, wie unter wirtschaftlichem Druck erzwungene Unterschriften auf Verzichtleistung, wird von dem Arbeitsgericht noch geklärt werden. Von allen Diskussionsrednern wurde betont, daß wir uns mit der geleisteten Arbeit, die mit vielen persönlichen Opfern und im Interesse der Allgemeinheit gebracht wurde, schon lassen können. Wie kleinlich und unbedeutend wirkt da die Maulfreiererei der Heiden vom Dritten Reich. Ein gegnerisches Flugblatt, welches einheitlich über das ganze Deutsche Reich gegen die freien Gewerkschaften verbreitet wurde, kam auch in Gräfenroda zur Verteilung. Um es besonders interessant zu gestalten und es als eigenes Geistesprodukt erscheinen zu lassen, zeichnete so ein kleiner Gernagros und Auekollege als Herausgeber. Die Errungenschaften der freien Gewerkschaften werden auch von ihm in Anspruch genommen. Für den Druck zeichnete der Verleger des „Thüringer Boten“. Seine Frage an die freien Gewerkschaftler: „Wann erwacht ihr?“ wird uns in der Erinnerung der Arbeiter beantwortet. Wir haben noch nicht geschlafen und wissen, wo die Feinde der Arbeiterschaft sitzen. Noch ist uns in Erinnerung, daß der Herr, der sich jetzt als Arbeitervertreter der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei aufbläht, vom Arbeitsgericht zur Erfüllung und Beachtung der tariflichen Bestimmungen gezwungen werden mußte. Kollege Kohlshütter gab im Schlußwort die Abwehrmaßnahmen der freien Gewerkschaften gegen die Gewerkschaftszerstörer bekannt. Die Vertreter stellten der Ortsverwaltung ein Vertrauensvotum aus, indem sie die Ortsverwaltung einstimmig wiederwählten und den Kollegen Kohlshütter Entlastung erteilten.

Gronau-Alfeld / Jahresversammlung

Am 28. Februar d. J. tagte in Gronau die Delegierten-Jahresversammlung der Zahlstelle Gronau-Alfeld. Da die Berichte gedruckt vorlagen, konnte sich Kollege Klemm darauf beschränken, nur das Wesentlichste hervorzuheben. Er machte von dieser Möglichkeit Gebrauch und ging zu einer wirtschaftspolitischen Betrachtung über. Auch in unserem Zahlstellengebiet hatten wir, hob er hervor, mit steigender Arbeitslosigkeit, mit Stilllegung von Betrieben und Einlegen von Feierschichten zu tun, die das ganze Jahr hindurch anhielten, die aber im Verhältnis zu anderen Zahlstellen unseres Verbandes als noch einigermaßen tragfähig zu bezeichnen waren.

Die chemische Industrie arbeitete in der ersten Hälfte des Jahres voll, es setzte dann Kurzarbeit ein, die bis zum Jahresende anhält.

Die Kaliindustrie ist mit einem Betriebe in unserem Zahlstellengebiet vertreten, und zwar das Werk „Desdemona“. Die Beschäftigung war gut, einmal ist der Lohn, und zwar durch Verordnung, gekürzt.

In der Papier-, Pappen- und Zellstoffindustrie war in der Beschäftigungsmöglichkeit ein wildes Durcheinander. Während die Pappfabriken Brunkens, Kalerde und Elze das ganze Jahr hindurch Kurzarbeit machten, war in der Papier- und Zellstofffabrik in Alfeld die Beschäftigung als gut zu betrachten. Die Papierfabrik Delligsen hatte ebenfalls unter Kurzarbeit zu leiden.

In der Industriegruppe Steine und Erden konnte keine gute Beschäftigungsmöglichkeit geboten werden, weil der gesamte Baumarkt nur schwach belebt wurde. Diese schwache Bautätigkeit wurde in allererster Linie durch die schwere Finanzkrise des vergangenen Jahres hervorgerufen. Die dadurch entstandene Notzeit wurde von den Unternehmern der Ziegelindustrie besonders ausgenutzt, denn neben einem Abbau der Stundenlöhne sind die Akkordlöhne wesentlich, teilweise bis 40 Proz., gesenkt worden. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Kalkindustrie. Der einzige Betrieb unserer Zahlstelle, das Kaliwerk Marienhagen, ist durch seine Lieferungen stark an das Peiner Walzwerk gebunden, und da die Betriebe des Peiner Walzwerkes zum größten Teil stilllagen oder Kurzarbeit machten, war demnach der Absatz von Marienhagen sehr beschränkt. Die Lohnverhältnisse sind auch hier den anderen Industriegruppen nach dieselben.

In einigen anderen Industriegruppen der Zahlstelle, wie Zucker- und die Glas- und Sandwerke in Duingen, ist überall das gleiche Bild zu verzeichnen. Kurzarbeit, Stilllegung der noch arbeitenden Betriebe, Lohnabbau und noch größeres Elend als im Vorjahr ist festzustellen.

In der Jugendbewegung konnten in unserer Zahlstelle gute Fortschritte verzeichnet werden. Es wurde eine Jugendgruppe gebildet, die erstmalig bei dem Gaujugendtreffen in Detmold in die Öffentlichkeit trat. Auch bei der Jubiläumsfeier in Alfeld wirkte sie mit. Für einen weiteren Ausbau der Gruppe muß Sorge getragen werden.

Die Betriebsrätebewegung war im ganzen Zahlstellengebiet zufriedenstellend. Eine Ausnahme machte eine Ziegelei, wo ein nationalsozialistisch angehauchter Obmann die Lage meistern wollte. Die Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle war als gut zu bezeichnen.

Wenn auch eine schwere, schlechte Wirtschaftslage im Gebiet der Zahlstelle zu verzeichnen ist, so ist es den RGO-Strategen im Bündnis mit den Nazis nicht gelungen, uns in der Mitgliederbewegung größeren Schaden zuzufügen. Die Zahlstelle ist mit einem Mitgliederbestand von 1283 Mitgliedern in das neue Jahr eingetreten.

Nun noch einiges zum Kassenbericht. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 60.997,93 RM. Hiervon sind an Arbeitslose 19.377,75 RM, an Kranke 4033,60 RM, an unsere Invaliden 4172,55 RM und an sonstigen Unterstützungen, wie Sterbegeld usw., insgesamt 1389 RM ausgezahlt, somit sind 29.133,20 RM oder 49,01 Proz. der gesamten

Einnahmen an unsere Mitglieder in Form der genannten Unterstützungen wieder zurückgezahlt worden. Dann bringen es noch Leuten aus dem anderen Lager fertig und behaupten, 75 Proz. aller Einnahmen würden für Verwaltungszwecke verwendet. Hier ist ein Beweis, und Kollegen, schlagt diesen Herrschaften damit um die Ohren, daß ihnen Hören und Sehen vergeht. Jedenfalls sind wir uns bewußt, daß mit diesen Auszahlungen manche bittere Not abgewendet ist. An Nollage-Unterstützungen und der Weihnachtsbeihilfe sind insgesamt 4341,65 RM ausgezahlt worden. Könnte nicht allen Hilfsbedürftigen in dem Ausmaß geholfen werden, wie es zum Teil erwartet wurde, so können wir aber doch mit unseren Leistungen zufrieden sein. An der Mitgliedschaft liegt es nun, für einen weiteren Ausbau und Aufbau zu sorgen. Eine Aussprache über die gegebenen Berichte wurde nicht gewünscht.

In die erweiterte Ortsverwaltung werden Wilh. Schmidt, Elze, Albert Bodenstein, Marienhagen, Otto Sturm, Godenau, Heinrich Ebsen, Gronau, und Fritz Müller, Coppingrave, wiedergewählt.

An dieser Stelle möchten wir unsere Mitglieder nochmals auffordern: „Haltet fest an dem Errungenen, laßt euch nicht aufhetzen, sondern steht geschlossen zum Verband. Nur durch Einigkeit kommen wir zum Sieg.“ F. Sch., Hohenbüchen.

Rudolstadt / Jahresversammlung

Die Jahresversammlung der Zahlstelle Rudolstadt war am 21. Februar. Kollege Lieben führte zum Geschäftsbericht u. a. folgendes aus: Die steigende Arbeitslosigkeit hat auch die Zahlstelle Rudolstadt stark in Mitleidenschaft gezogen. Am Schluß des Jahres hatten wir nur noch 180 vollbeschäftigte Kollegen. Es fanden 15 Stilllegungsverhandlungen statt, die zumeist genehmigt wurden. Infolge der allgemeinen Wirtschaftslage haben sich auch die Rechtsstreitigkeiten scharfer bewegt. Besonders vor dem Spruchauschuß des Arbeitsamtes war die Tätigkeit eine rege. Von 266 Einspruchsverfahren waren 169 von Erfolg. Unerledigt blieben 28. Ein Gesamtbetrag von 7246,75 RM konnte den einspruchlegenden Kollegen wieder zugeführt werden.

Die Außentätigkeit gestaltete sich ebenfalls sehr rege. Es fanden 70 Versammlungen und Sitzungen statt, nebenbei 12 Konferenzen. An Verhandlungen vor Gerichten, mit Unternehmern und Behörden 184. Das im Juni in Rudolstadt stattgefundene Gaujugendtreffen war von 600 Teilnehmern besucht und hat gezeigt, daß die Begeisterung für unsere Bewegung nicht erlahmt ist.

Der Mitgliederstand ist von 2070 auf 1694 zurückgegangen. Die daniederliegende Industrie unseres Bezirkes, besonders Porzellan und Glas, lassen eine erfolgreiche Agitation unmöglich werden.

Kollege Lieben dankt den Funktionären für ihre Tätigkeit.

Der Kassenbericht zeigte den Kollegen ebenfalls die Notwendigkeit der Organisation. Die gesamte Ausgabe an Sozialunterstützung betrug 66.432 RM oder pro Mitglied 35 RM. An die invaliden Kollegen wurden allein 9097 RM zur Auszahlung gebracht.

Die Aussprache über die Berichte war eine recht rege und bewegte sich in sehr sachlichen Bahnen. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde anerkannt und einstimmige Entlastung erteilt. Die alten Mitglieder der Zahlstellenverwaltung wurden einstimmig wiedergewählt.

Im Bericht über das vergangene Geschäftsjahr gedenken wir auch unseres treuen Kollegen Edmund Siegel, der infolge Krankheit aus seinem Dienst scheiden mußte. Wer mit dem Kollegen Siegel in Fühlung stand, wird wissen, mit welcher opferbereiter Tätigkeit er seinen Dienst versehen hat. Stets hat er die Interessen der Kollegen und die der Organisation vertreten und alles aufgeboten, den Aufbau der Bewegung zu fördern. Wir wünschen unserem Kollegen Siegel noch einen recht gesunden Lebensabend und sprechen ihm für seine Dienste unseren besten Dank aus.

Kollege Schreyer, als 1. Bevollmächtigter, dankte den Kollegen nochmals und schloß die Versammlung mit der Ermahnung, auch in kommender Zeit für die Verbandsbewegung in Treue zu arbeiten und zu werben, um einer lichtvollen Zukunft den Weg zu bahnen.

Wittmund / Generalversammlung

Am 14. Februar fand die Generalversammlung der noch jungen Zahlstelle Wittmund statt, die stark besucht war.

Der Kollege Gerdes gab den Bericht über das Jahr 1931, aus dem zu ersehen war, wie schwer die Organisation zu kämpfen hatte. Unser Schiffelein mußte schwere Stürme durchhalten, aber es hat sich als haltbar erwiesen; denn jeder einzelne mußte das seine tun und hat es getan. Leider haben wir Schaden davongetragen, indem uns Kollegen über Bord fielen. Doch wir werden dafür sorgen, daß wir im kommenden Jahr den Schaden wieder gutmachen. Leicht wird das nicht sein, weil alles finster ist und wir im Trüben fischen müssen. Doch wir haben wackere Leute, auf die wir uns verlassen können.

Durch die große Arbeitslosigkeit war unsere Einnahme gering, so daß wir nur 120,— RM abführen konnten. Der Anteil der Lokalkasse betrug 246,24 RM. Die Hauptkasse leistete große Dienste an unseren arbeitslosen Mitgliedern. Wir sind ja nur eine kleine Zahlstelle von 76 Mitgliedern, aber an Arbeitslose wurden 453,40 RM ausgezahlt. Einstimmig wurde die bisherige Verwaltung wiedergewählt.

Durch Rufen und Vertretungen brachten wir 2700,— RM zugunsten der Mitglieder ein.

Wir rufen unseren Arbeitskollegen zu, geschlossen in die Reihen der Gewerkschaft zu treten und die Lücken auszufüllen im Verband der Fabrikarbeiter. Abteil. Keramischer Bund. Nur dann können wir unser Ziel er-

reichen. Zum Schluß wurde ermahnt, in der Agitation nicht müde zu werden, bis der letzte Mann in unseren Reihen kämpfend mitarbeitete. Alle gelobten, auch in der Zukunft auf dem Posten zu sein.

Gräfenroda / Vertreterversammlung

Kürzlich fand in Gräfenroda die Vertreterversammlung statt.

Aus dem Geschäftsbericht war zu ersehen, daß im Laufe des Jahres von der Organisation mehr an Unterstützungen ausbezahlt wurden, als die Zahlstelle an Beiträgen eingebracht hat. Daraus sollten die eine Lehre ziehen, die immer behaupten, daß die Organisationen mit den Beiträgen ihrer Mitglieder nicht ordentlich umgehen könnten. Der Geschäftsbericht lag gedruckt vor. Die einzelnen Punkte wurden, soweit es notwendig war, vom Kollegen Uwehus einzeln erläutert. Dem abgegangenen Geschäftsführer, Kollegen Richard Siehardt, wurde für seine langjährige treue Arbeit innerhalb der Organisation der herzlichste Dank ausgesprochen und ihm ein recht guter Lebensabend gewünscht.

In der Diskussion verlangten die Kollegen Karl Möller und Otto Rasch, Ohrdruf, daß die Gewerkschaftsmitglieder mehr zur gemeinschaftlichen Arbeit und Unterstützung herangezogen würden.

Kollege Uwehus forderte in dem Schlußwort die Kollegen auf, im Jahre 1932 für die Organisation einzutreten.

Sodann ergriff Kollege Schönfeld-Erfurt das Wort zu seinem Vortrag: Krise und Gewerkschaften. In 1½-stündigen Ausführungen behandelte Kollege Schönfeld Kampf und Ziel der Gewerkschaften und forderte zum Schluß auf, daß die Gewerkschaften in der „Eisernen Front“ den Faschismus niederringen sollten. Bei der Wahl der Ortsverwaltung blieb es bei den bisherigen Kollegen. Einzelne Anträge, die gestellt wurden, konnten zur Zufriedenheit der Kollegen erledigt werden.

Lübeck

Bei guter Gesundheit feierte unser Kollege Friedrich Gundelach am 11. März seinen 90jährigen Geburtstag auf der Insel Fehmarn. Noch heute fehlt der alte Friedrich kaum einmal bei einer Versammlung. Er trat dem Fabrikarbeiterverband im Jahre 1907 bei und wird in einigen Wochen sein 25jähriges Verbandsjubiläum feiern können. Die Zahlstelle Burg auf Fehmarn wurde im Jahre 1906 gegründet. Trotz seines damals schon hohen Alters, trat Friedrich Gundelach dem Verbands bei. Nach einem Streik im Jahre 1907 wurde er lange Zeit von den Arbeitgebern nicht mehr beschäftigt. Trotzdem blieb er im Verbands und kann dafür zum Danke alle Monate die Invalidenunterstützung in Empfang nehmen. Natürlich gehört Gundelach zur Partei, ist Mitglied des Konsumvereins und des Reichsbanners. Möchten sich doch die alle einmal ein Beispiel an diesem alten treuen Mitarbeiter nehmen, die heute verzweifeln wollen, weil der Aufstieg der Gewerkschaften zurzeit behindert wird. Der alte Friedrich Gundelach spricht es offen aus, er will den Tag der weiteren Erfolge des Fabrikarbeiterverbandes noch erleben und er meint, wenn alle so treu zum Verbands stünden wie er, so müßte das schon möglich sein.

Schriften und Bücher

Volksfunk—Arbeiterfunk, die große Funk-Illustrierte der freien Arbeiterbewegung. Der „Arbeiterfunk“ hat uns diesmal eine besondere erfreuliche Überraschung bereitet. In ganz großem Format, 52 Seiten stark, davon 20 Seiten reich bebildert in Feindruck herzustellen, erscheint von nun an unter dem Titel „Volksfunk—Arbeiterfunk“ Otto Wels, Clara Bohm-Schuch und Curt Baake drücken dem neuen Heft mit ihren grundsätzlichen Beiträgen zu der Frage „Unser Kampf um die Sender“ einen eindeutigen Stempel auf. Andere Aufsätze mit vielen Bildern behandeln die deutschen Sender und die Verwendung ihrer Gelder, das Neueste aus den Filmen, Kinder am Sender, Arbeitssport und Rundfunk, die Ereignisse auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz usw. Die Bastelmeister-Beilage bringt die Beschreibung eines modernen, preiswerten Dreiföhren-Bandfiltergerätes für den Selbstbau mit Verdrahtungsplan und eine erste Einführung für das Ohmsche Gesetz, die jeden Laien interessieren wird. Das ist spannender und zugleich wissenschaftlich wertvoller Roman, diesmal ein medizinischer Kriminalroman, nebst einer hinteren Kurzgeschichte und einer Rätsel- und Scherzseite, nicht fehlen, versteht sich am Rande für ein Blatt, das in die Familien aller Rundfunkhörer eindringen soll. Eine wertvolle Ergänzung der umfangreichen Programmbeilage bilden zahlreiche Einführungen und Kritiken, Berichte über Neuerungen in der Radiotechnik u. dgl. Dieser Teil der Hefte soll demnächst noch ganz besonders ausgebaut werden. In seinem neuen Gewande ist diese einzige Funkzeitschrift der freien Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenbewegung allen 120 bürgerlichen Funkblättern auch äußerlich mehr als ebenbürtig geworden, so daß sie jetzt rasch viele neue Freunde finden wird. Sie kann bei jeder Postanstalt für 0,90 RM monatlich einschließlich Zustellgebühr, wie auch bei jeder Buchhandlung bestellt werden. Probehefte fordert man von der nächsten Buchhandlung oder vom Volksfunk-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Dieser nimmt auch die Meldung von Werbem entgegen.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund § 11 Ziffer 3 a, in Verbindung mit § 11 Ziffer 5 des Statuts, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Ludwigshafen: Julius Leger, Buchnr. 929.694; die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Karlstadt: Die Stumpf, Mitgl.-Nr. 1130.586, Adam Röttinger, Mitgl.-Nr. 1130.576, Adolf Hermann, Mitgl.-Nr. S II 542.124, Heinrich Schirm, Mitgl.-Nr. S II 542.663; das bisherige Mitglied der Zahlstelle Oppeln: Josef Schwarzer, Buchnr. fehlt; die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Lützen: Max Fülde, Buchnr. 1103.321, Paul Bornkessel, Buchnr. 819.823; das bisherige Mitglied der Zahlstelle Strelitz i. Mecklbg.: Karl Gukl, Buchnr. S II 891.930; sowie auf Grund des § 11 Ziffer 3 a und d, in Verbindung mit § 11 Ziffer 5 des Statuts, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Landsberg a. d. W.: Karl Muntzke, Buchnr. 942.308, Paul Haack, Buchnr. 942.334, Karl Walter, Buchnr. 904.941; das bisherige Mitglied der Zahlstelle Kottbus-Senftenberg: Max Bren-

UNTERHALTUNG UND WISSEN

Die Kluft / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(5. Fortsetzung.)

„Nimm jenes Bild dort nicht über dem Kamin, so sähe das Gemach wie eine himmlische Bar, so“, spöttelte Joan. Aber sie konnte nicht umhin, einzuräumen, daß der Sessel, in dem sie saß, sehr bequem war, und daß der elektrische Heizkörper in seinem Korb von poliertem Stahl reizvoll wirkte. Die Bücher — auf Regalen um den Kamin herum — schienen ausschließlich von Theater und Innendekoration zu handeln. „Zu ihm paßt das Ganze absolut nicht!“, murmelte sie.

Gleich darauf trat Dacre wieder über die Schwelle. „Helen wird sofort herunterkommen. Sie ist den ganzen Vormittag im Theater gewesen und nimmt gerade ein Bad. Wie gefällt Ihnen das Zimmer?“

„Es ist schön und apart; nur glaube ich nicht, daß ich darin leben möchte. Mary Mauds Einrichtung, die ja auch ihre Gattin entwarf, finde ich bei weitem gemütlicher und wärmer.“

„Genau genommen, leben wir auch nicht in diesem Zimmer. Helen schuf es sich als Ausstellungsraum, um ihre Millionäre in Versuchung zu führen, und hat es auch schon häufig umgeändert. Das ganze Haus ist in gleichem Stil gehalten — wenn Sie das Schlafzimmer meiner Frau sehen, bekämen sie wahrscheinlich wie ich Alptrücker. Aber da Helen mein Arbeitszimmer und mein eigenes Schlafzimmer nicht antastet, lasse ich sie mit dem Rest der Wohnung gewähren. Es ist ein interessantes Manöver, das sich ihr überdies gut bezahlt macht.“

„Also schlafen sie getrennt“, dachte Joan Craig, bei der das Wort Heirat eine vage Vorstellung von einem breiten Himmelbett wachrief. Merkwürdiger Haushalt! ... Sinnend betrachtete sie Anthonys blonden Kopf, der so schön aus den breiten Schultern aufwuchs, und fühlte im Voraus einen kleinen Widerwillen gegen Helen in sich aufkeimen.

Als sich Mrs. Dacre jedoch einige Minuten später zu ihnen gesellte, fand sie es schwer, gegen jemanden Abneigung zu verspüren, der sich so sachlich und neutral verhielt. Helen war ebenso groß wie Tony. Ihr braunes, glattes Haar lag wie eine seidene Kappe um das Haupt, und die breiten Backenknochen sowie der dunkle Teint gaben ihr ein etwas mongolisches Aussehen. Im Nu stellte Joan die Kostspieligkeit des einfachen seidenen Jumpers in zwei reihbraunen Schattierungen fest, in dessen Vorderteil würfliche Motive eingewebt waren. Sein roter Gürtel unterstrich das Leuchten des wunderbaren Rubins an der langen, beredeten Hand.

„Mein Mann erzählt mir, daß Sie von Leeds herbeigeeilt sind, um just in dem Moment, da mein Stück seine Uraufführung erleben soll, all und jeden zum Streik aufzurufen“, sagte Mrs. Dacre, indem sie dem jungen Mädchen lächelnd die Hand reichte.

„Ich wünschte, es stünde in meiner Macht, Ihnen diese Ungelegenheit zu ersparen!“, erwiderte Joan höflich. „Miß Meadows hat schon gedroht, mir den Kopf abzureißen, wenn es zum Äußersten käme.“

„Um meiner geliebten Mary Mand willen will ich Waffenstillstand mit Ihnen schließen und ihn mit einer Einladung zum Tee besiegeln, bei dem Sie mich über das Wesentliche orientieren müssen.“

Ein Mädchen in rotem Kleid, ohne Häubchen und Schürze, brachte ein hypermodernes silbernes Teegeschirr nebst Tassen, deren Rot an chinesische Lackarbeit gemahnte.

Und dann machte Joan die Erfahrung, daß Helen Dacres „über das Wesentliche orientieren“ einem gerichtlichen Kreuzverhör glich. Nie war sie jemandem mit solch tödlicher Konzentration begegnet. Sie empfand, wie jeder geheime Gedanke auf Gnade und Ungnade dieser ruhigen, entschlossenen brünetten Frau ausgeliefert war. Wie vermochte Anthony nur die Anstrengung eines gemeinsamen Lebens mit ihr zu ertragen? ... Nach einer halben Stunde fühlte sich das junge Mädchen erschöpft, während Mrs. Dacre sich offensichtlich befriedigt in ihren Sessel zurücklehnte.

„Klar, mit der Aufführung ist's vorbei“, summerte sie. „Kein Mensch wird nächste Woche Sinn fürs Theater haben, ganz abgesehen von dem fehlenden Verkehrsmitteln. Nein, nein. „Auferstehung“ gelangt jetzt nicht zur Aufführung!“

„Aber was geschieht mit dem Theater?“ mischte sich Anthony ein, der bisher stumm gesehnt hatte. „Wenn ich mich recht entsinne, bist du zur Zahlung von fünfhundert Pfund Mietschuld verpflichtet.“

„Ein Grund mehr, nicht auch etliche Tausend für Lokosten hinauszuerufen“, erklärte seine Frau. „Wir müssen das Theater zu einem Zweck benutzen, der sich als ganz große Hilfe für uns erwirkt und den Besitzer in die moralische Zwangslage versetzt, was die Option für einen weiteren Monat zu gewähren.“

„Aber Helen, wozu könnt ihr schon ein Theater während eines Generalstreiks benutzen?“

„Du erzählst mir, daß du diesen Problemplatz bei mir hast ab?“ Und Joan nachdenklich anstarrend, fuhr sie fort: „Die Regierung wird wohl Freiwillige suchen, die Omnibusse und Straßenbahn fahren, nicht wahr?“

„Natürlich wird es das“, erwiderte sich Joan, „hat sogar schon die Vorbereitungen dazu getroffen! Wir werden noch einmal in die Kriegsatmosphäre zurückversetzt werden: Junglinge in Uniformen, die sich wichtig-tunselig fühlen und spezzieren, und eifrigste Mädchen aus der Gesellschaft, die ihnen den

Kopf tätscheln und sie die ganze Nacht mit Kakao versorgen!“

„Ausgezeichnet! Die Kriegsatmosphäre, das ist, was ich brauche.“ Selbst die kalte Helen geriet in Wallung. „Vielen, vielen Dank für Ihre Information. Wir werden also jede Nacht ein Konzert für die Freiwilligen oder ihre Ablösungen veranstalten. Und ferner? Ja, dann müßte man noch in einer Reihe von Bars gratis Getränke an sie ausschenken, und hierzu soll mir Hooke Lattimore, der weiß Gott genug Millionen aus seinen Kohlengruben zieht, das Geld geben.“

Joan zitterte vor Entrüstung. „Boabsichtigen Sie ernstlich, den Streikbrechern zu helfen?“

„Und was sind Streikbrecher, bitte?“ fragte Mrs. Dacre, ihre linke Augenbraue hochziehend.

„Diese Biester, die gewöhnlich ein faules Wohlleben führen und plötzlich unserer Männer Arbeit verrichten wollen. Oh, das dürfen Sie nicht tun!“, Mr. Dacre, sagen Sie Ihrer Gattin, daß sie das nicht tun darf!“

Dieser Appell an ihren Mann seitens eines jungen Mädchens, das sie eben erst kennen gelernt hatte, ließ Helen nunmehr beide Augenbrauen hochziehen. Dacre entgegnete nichts. Und während er damit beschäftigt war, seine Pfeife aus dem künstlerischen Stahlkorb des Kamins auszuklopfen, wandte sich Joan von neuem an die Herrin des Hauses.

„Die Bergleute hungern und darben schon bei den bisherigen Löhnen elendiglich, und dessenungeachtet will man sie ihnen noch kürzen. Wenn die anderen Gewerkschaften ihnen jetzt zu Hilfe kommen, muß der Sieg

schnell errungen werden, ehe die Streikkassen leer sind. Schen Sie jetzt ein, daß es ein Verbrechen sein würde, die Wirkung des Streiks abzuschwächen? ... Wollen Sie aber durchaus Speise und Trank verteilen, Mrs. Dacre, so geben Sie den Streikenden, die es wahrlich gebrauchen können. Die Junglinge in den schönen Goltjacken werden, wie es auch kommen mag, immer im Überfluß haben.“

Mrs. Dacre verlor nicht einen Moment ihrer kühlen Ruhe.

„Natürlich würde ich auch ganz gern den Streikenden etwas geben, denn ich möchte nicht, daß irgend jemand hungert — am wenigsten allerdings ich oder mein Mann. Doch ich bin wegen meiner Aufträge abhängig von Leuten mit Vermögen, und wollte ich das Theater etwa zu Nutz und Frommen der Streikenden gebrauchen oder mich irgendwo sonst zu ihren Gunsten exponieren, so bedeutete das das Ende meiner Arbeit. Und ich bilde mir ein, daß meine Kunst wichtig ist. Wirst du zum Diner hier sein, Tony? Können Sie bleiben? Miß Craig?“

Joan hätte sich in diesem Moment nicht ein Wort zu reden getraut. Die eiskalte Berechnung dieser wohlhabenden, kultivierten Dame traf sie wie ein Schlag ins Gesicht. Das war Anthonys Frau? Das war die Frau, die das Recht besaß, ihn zu lieben? ... Joan schloß sich danach, in ein Loch zu kriechen und zu schreien; sie fühlte sich heimatlos und allein.

„Leider können wir nicht bleiben.“ Dacre äußerte es mit ganz sachlicher Stimme. „Ich möchte wieder an Ort und Stelle sein, wenn das Resultat der Verhandlung mit der Regierung lauthar wird, und Miß Craig muß sich zur Verfügung ihres Chefs halten.“

„Natürlich, das sehe ich ein.“ Man las es in den Mienen seiner Frau, daß ihre neuen Pläne sie schon ganz in Anspruch nahmen und ihr daher die Abfuhr willkommen war. Aber sie streckte Joan die Hand hin, mit einem Lächeln, dem sich das Mädchen trotz Aerger und Wut nicht entziehen konnte und das ihr ein wenig das Geheimnis von Helen Dacres Zauber offenbarte. Dann adieu, Miß Craig. Ich wünsche Ihnen, daß Ihre Bergleute gewinnen — nur sorgen Sie dafür, daß es nicht zu einer Revolution kommt.“

Und wohl noch unter dem Eindruck dieser eigenartigen Lächeln wandte sich das junge Mädchen im Taxi impulsiv an Anthony Dacre.

„Nein, sie macht sich noch immer nicht klar, was sie tut. Lassen Sie sie nicht den Streikbrechern helfen; Sie müssen sie einfach daran hindern!“

„Wie kann ich das? Wir leben nicht in einem Zeitalter, da die Frau blindlings gehorchen hat. Helen verdient sich ihr eigenes Geld und lebt ihr eigenes Leben — ich habe nicht mehr Einfluß über sie wie der erstbeste. Hat sie einmal einen Entschluß gefaßt, vermag nichts ihn zu erschüttern; sie fragt mich nie um Rat, nicht einmal um meine Meinung.“

Joan hob ihr kleines, energisches Kinn. „Nun, meinem Ideal einer Ehe entspricht das nicht.“

„Dem meinigen auch nicht“, erwiderte Dacre ruhig, „doch ich habe Helens Bedingungen angenommen. Und Ihre Partei, Miß Craig, predigt doch gerade Gleichheit und will dafür. Warum über die Resultate murren, wenn sie nicht immer so ausfallen, wie man wünschte? ...“

Joan entgegnete nichts, und für den Rest der Fahrt hing jeder von ihnen stumm seinen Gedanken nach.

(Fortsetzung folgt)



An unsere arbeitslosen Kolleginnen!

Leider müssen wir häufig die Beobachtung machen, daß arbeitslose Kolleginnen trotz der zunehmenden Verschlechterung ihrer Lebenslage von einer Gleichgültigkeit befallen werden, die sie ihre Pflichten gegen Gewerkschaft und Partei fast gänzlich vergessen macht. Auf ihre Pflichten aufmerksam gemacht, führen diese Kolleginnen, die früher zum Teil fleißige Versammlungsbesucherinnen waren, als Begründung an, daß sie doch arbeitslos seien, eine ganz geringe Unterstützung bekämen und nichts mehr zu verlieren hätten.

Kolleginnen, diese Ansicht ist irrig! Warst du, Kollegin, eine klassenbewußte Arbeiterin, immer überzeugte Gewerkschaftlerin? Kennst du die Gefahren wirklich, die ringsherum die Arbeiterschaft bedrohen? Ich kann es nicht glauben! Du könntest sonst nicht gleichgültig bleiben. Die Arbeiterrechte sind in Gefahr. Die Errungenschaften der Nachkriegszeit, wie Arbeitslosenunterstützung, Tarifverträge, Mitbestimmungsrecht usw. sollen der Arbeiterschaft genommen werden. Dagegen anzukämpfen, ist eine wichtige Aufgabe, der sich gerade die arbeitslose Kollegin nicht entziehen sollte.

Hunderttausende von Kollegen und Kolleginnen sind dem Ruin der „Eisernen Front“ gefolgt. Sie sind bereit, im Rahmen der Eisernen Front für die Freiheit der Arbeiterklasse zu kämpfen. Und du, Kollegin, willst nicht mitkämpfen? Willst du fahnenflüchtig werden? Die Eisernen Front besteht zum großen Teil aus arbeitslosen Kameraden, die bereit und entschlossen sind, die faschistische Diktatur fernzuhalten! Hast du noch nichts davon gehört, wie es in Italien aussieht, wo faschistische Diktatur herrscht? Ist dir nicht schon der Gedanke furchtbar, daß es bei uns auch so werden könnte? Daß man dich deiner

persönlichen und politischen Rechte beraubt und deinen Anspruch auf bessere Entlohnung und mehr Menschenwürde einfach unbeachtet läßt, kann dir doch nicht gleichgültig sein.

Kollegin, es kann dir auch nicht gleichgültig sein, ob man deine Arbeitslosenunterstützung zu militärischen Rüstungs- und Paradezwecken verwendet? Nach Aussprüchen nationalsozialistischer Führer sind Arbeitslose doch nur „Nichtstuer“ und nicht berechtigt, dafür noch Geld zu beziehen. Und Kollegin, wenn du wieder in Arbeit kommst, ist es dir dann gleichgültig, wie die Löhne aussehen? Ein Lohn, den dir deine Gewerkschaft durch Tarifvertrag sichert, ist in jedem Fall besser, als ein Lohn der allein von der Willkür des Unternehmers abhängig ist. Was ist dir lieber? Als freie Arbeiterin zu existieren oder willenloses Objekt, Sklavin des Unternehmertums zu sein, ohnmächtig gebunden, schlummernd noch wie in der Vorkriegszeit unter der Gesindeordnung zu leben?

Kollegin, du darfst in dieser gespannten Zeit nicht gedankenlos dahin leben, während andere ihr Leben täglich aufs Spiel setzen auch für deine Freiheit! Glaubst du, daß wir alles nur unseren Kollegen allein überlassen dürfen? Besinne dich und kämpfe mit, gemeinsam mit den Kollegen, für gemeinsame Interessen. Wir rufen dir zu: „Heraus aus der Gleichgültigkeit! Hole dir Aufklärung in den Versammlungen deiner Gewerkschaft oder in den Jugendorganisationen und in der Partei!“

Unsere Parole sei: Nicht klagen und gleichgültig abseits stehen, sondern fordern und kämpfen. Es gilt: Die Organisationen der modernen Arbeiterbewegung zu stärken und auszubauen zu gewaltigen Bollwerken, an denen sich unsere Feinde die Zähne ausbeißen müssen.

Martha Schuster, Meißen.

weitem nicht ausreichen dürften, wenn alle Fragen über den Bestand solcher Heime und ihre Aufnahme wünschen würden.

Die Einrichtungen zur Übernahme von Kindern sind äußerst mangelhaft. Vor allen Dingen fehlt es an öffentlichen Einrichtungen. Nur 108 Säuglings- und Kinderkrippen mit 3211 Plätzen der öffentlichen Wohlfahrtspflege und 225 Säuglings- und Kinderkrippen mit 8387 Plätzen der freien Wohlfahrtspflege wurden erfasst. Ganz richtig heißt es in der Denkschrift: „Gerade die starke Beteiligung der deutschen Frau an der Erwerbstätigkeit läßt die Bewahrung der Säuglinge und der Kinder bis zum 2. Jahre entsprechenden Einrichtungen für bestimmte Tageszeiten dringend erforderlich erscheinen.“ Wie manche Mutter, die zur Erwerbsarbeit gezwungen ist, weiß nicht, wohin mit dem Säugling. Oft wird sogar das Kind in ein Haus eingeschlossen. Zuweilen erhebt sich wohl eine Nachbarin, einmal nach dem Kind zu sehen. Günstiger und beruhigender ist die Mutter ist es da schon, wenn etwa größere Kinder vorhanden sind, die „passieren“ können. Dabei ist aber schon manch Unglück passiert, vom Wert der Erziehung ganz abgesehen. (Schluß folgt)

Warum man heiratet

Ein dichter Philosoph des 18. Jahrhunderts hat die wichtige Frage, warum man heiratet, im „Bremischen Kalender“ von 1761 kurz aber treffend nach allen Richtungen hin beleuchtet und eine Antwort gegeben, die wohl auch heute noch im großen und ganzen zutreffend sein dürfte. Man erkennt daraus, daß sich die Begründungen der Menschen in den letzten Jahrhunderten in den wichtigsten Angelegenheiten des Lebens nur wenig geändert haben, denn das Gedicht, das in Buchners „Annodazumal“ der Vergessenheit entrissen wird, könnte ebenso heute von einem Menschenkenner verfaßt worden sein. Es lautet folgendermaßen:

Der Eine freit um Dukaten;
Der Andere nur um das Gesicht;
Der Dritte, weil es andere taten;
Der Vierte, weil's die Mutter spricht;
Der Fünfte tut's, um sich zu setzen;
Der Sechste denkt, es muß so sein;
Der Siebente tut's um's Ergötzen;
Der Achte, weil die Schulden schreien;
Der Neunte tut's nur um die Ahnen;
Der Zehnte, sich sein Glück zu bahnen;
Der Elften, Zwölften fragt: Warum?
Sie wissen's nicht, sie sind zu dumm!

Dürfen Tuberkulöse heiraten?

Ein französischer Arzt hat Untersuchungen darüber angestellt, wie oft eine Ansteckung unter Ehegatten stattfindet, und fand bei 482 Familien, daß in 19 Prozent der Fälle eine Ansteckung des gesunden Gatten durch den Tuberkulösen erfolgte. Die Frau wurde durch den Mann 63 mal, der Mann durch die Frau 17 mal angesteckt. Ob für das häufigere Befallen der Frau eine besondere Ursache, eine Disposition vorliegt, war nicht mit Sicherheit festzustellen. Aber diese Untersuchung mahnt zur Vorsicht. Erst wenn mehrere Jahre nach stattgefundener Heilung verstrichen sind, ohne daß die Krankheit irgendwelche Zeichen des Wiederaufflakens zeigte, sollte eine Ehe eingegangen werden.

Wie steht es um die Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind?

Kürzlich ist eine Denkschrift über die Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind erschienen. Die Denkschrift wurde zusammengefaßt auf Grund der Erhebungen des Reichsinnenministeriums und des Reichsgesundheitsamtes. Demnach gibt es 11905 verschiedene Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrtspflege und 22913 Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege. Die Arten der Einrichtungen sind: Entbindungsanstalten (Heime und Abteilungen für Schwangeren und Wöchnerinnen), Mutterheime (Heime und Abteilungen, in denen Mütter nach der Entbindung mit ihrem Kinde Aufnahme finden), Heil- und Pflegeanstalten und Abteilungen für gesunde und kranke Säuglinge und Kleinkinder, Säuglings- und Kinderkrippen, Kindergärten, Kinderhorte, ferner Schwangerschaftsberatungsstellen, Mutterberatungs-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorgestellen und Gemeindepflegestationen.

Es ist beachtlich, daß der Anteil der Schwangeren, die vor ihrer Niederkunft eine Entbindungsanstalt aufsuchen in den letzten Jahren weiter gestiegen ist. Auf 100 Ge-

burten kamen an Geburten in Anstalten im Jahre 1900 nur 1,5, 1920 kamen auf 100 Geburten 5,2, 1926 schon 9,0 und 1929 waren es bereits 11,3. Entbindungsheime gibt es 279 der öffentlichen und der freien Wohlfahrtspflege. Es ist besonders in heutiger Zeit notwendig, die werdenden Mütter auf den Wert der Entbindungsheime hinzuweisen. Neben ärztlicher Hilfe ist vor allen Dingen richtige Pflege und Ruhe gewährleistet, die so manche Mutter im Familienhaushalt nicht haben kann. Oft sind ja auch die Wohnverhältnisse derart mangelhaft, daß sich ein Verbleiben in der Wohnung während der Geburt durchaus nicht empfiehlt.

Von Wichtigkeit sind die Mutterheime oder Mutterabteilungen für solche Frauen, die allein im Leben stehen und ihre Säuglinge nach dem Verlassen der Anstalt in fremde Pflege geben müssen. Die Mütter sollen durch die Aufnahme in ein Mutterheim die Möglichkeit erhalten, ihre Kinder länger bei sich zu haben als nur neun Tage. (Im allgemeinen muß die Wöchnerin neun Tage nach der Niederkunft die Entbindungsanstalt verlassen.) Es sind durch die Erhebung nur insgesamt 205 Mutterheime ermittelt, die bei